



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 12

Dezember 1986

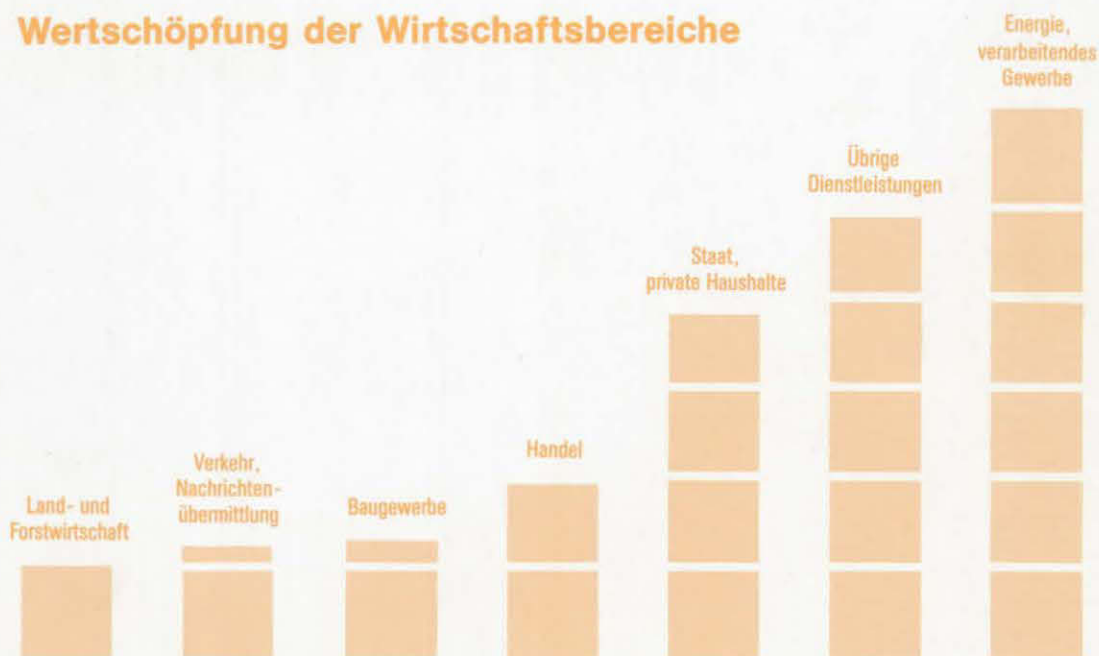
Grafik des Monats: Handel und Gastgewerbe

Aufsätze: Der Bundespräsident zur amtlichen Statistik
Einzelhandel
Wohngeld

Volkszählung 1987

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		September 1986		Januar bis September 1986	
Beschäftigte	1 000	169	+ 0,6	167	+ 0,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	+ 0,6	16	- 1,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	542	+ 4,6	540	+ 4,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 436	+ 7,1	3 011	+ 0,6
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 563	+ 2,1	2 354	+ 0,8
Auslandsumsatz	Mill. DM	874	+ 24,8	657	+ 0,1
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 712	- 3,8	1 608	- 6,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 171	+ 2,7	1 110	- 2,9
aus dem Ausland	Mill. DM	541	- 15,4	498	- 13,1
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	167	- 9,8
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	41	- 5,7	39	- 6,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 3,0	4	- 3,1
Lohn- und Gehaltssumme ³	Mill. DM	116	- 5,4	96	- 4,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	777	+ 87,8	333	+ 15,4
Auftragseingang ⁴	Mill. DM	264	+ 8,3	224	+ 12,0
<i>Baugewerblicher Umsatz durch Großauftrag beeinflusst</i>					
Baugenehmigungen ⁵					
Wohnbau	Wohnungen	965	+ 41,9	686	- 6,0
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	554	+ 54,3	373	- 9,3
Einzelhandel		August 1986		Januar bis August 1986	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	111,8	- 2,2	110,0	+ 1,5
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	164,8	+ 4,5	114,4	+ 2,6
Fremdenverkehr ⁶		Juli 1986		Januar bis Juli 1986	
Ankünfte	1 000	477	+ 6,5	261	+ 8,1
Übernachtungen	1 000	3 266	+ 2,3	1 378	+ 3,8
Arbeitsmarkt		September 1986		Januar bis September 1986	
Arbeitslose	Anzahl	101 213	- 6,7	116 265	- 1,1
Außenhandel		August 1986		Januar bis August 1986	
Ausfuhr	Mill. DM	764,0	+ 0,5	777,4	- 7,0
Kredite ⁷					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 632	+ 1,0	9 963	+ 3,2
mittel- und langfristige Kredite ⁸	Mill. DM	46 515	+ 6,8	45 877	+ 6,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Ab Januar 1986 lohnsteuerpflichtige Bruttobezüge, daher Veränderungsdaten mit eingeschränktem Aussagegehalt

4) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

5) Nur Errichtung neuer Gebäude

6) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

7) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

8) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 12/86

	Seite
Aktuelle Auslese	223
Aufsätze	
Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Amtliche Statistik unentbehrlich, objektiv, glaubwürdig	224
Die Unternehmen des Einzelhandels in Schleswig-Holstein	226
Wohngeld 1985	229
Volkszählung 1987	238
Grafik des Monats	230
Tabellenteil mit erweiterten Kreiszahlen ... Beilage	
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Monaten

- Heft 1/1986
Krankenhauspatientenstatistik
Schulstatistik 1985/86
- Heft 2/1986
Staatsverbrauch
Vermögensbildung der Haushalte
Studenten WS 85/86
Viehbestände
- Heft 3/1986
Bienenhaltung
Güterverkehr
Baugeräte
- Heft 4/1986
Schleswig-Holstein im Jahre 1985
- Heft 5/1986
Volkszählung 1987
Kommunalwahl 1986 (Teil I)
Bruttoinlandsprodukt 1985
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs
- Heft 6/1986
Rehabilitationsmaßnahmen 1984
Verarbeitendes Gewerbe
- Heft 7/1986
Öffentliche Wasserversorgung
Altersstruktur der Landwirte
Umsätze im verarbeitenden Gewerbe
Unternehmensergebnisse der HGZ
Kaufwerte für Bauland
- Heft 8/1986
Kommunalwahl 1986 (Teil 2 und 3)
Außenhandel 1985
Bevölkerungsentwicklung 1985
Studenten im SS 1986
- Heft 9/1986
Kommunalwahl 1986 (Teil 4)
Realsteuervergleich 1985
- Heft 10/11-1986
Hochschulstatistiken
Bauwirtschaft
Fremdenverkehr
- Heft 12/1986
Der Bundespräsident zur amtlichen Statistik
Einzelhandel
Wohngeld



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

38. Jahrgang

Heft 12

Dezember 1986

Aktuelle Auslese

Ursachen für Sozialhilfebezug



Für 23 % der selbständigen Haushalte, die 1985 Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, war „Verlust des Arbeitsplatzes“ die Hauptursache für die Inanspruchnahme der Sozialhilfe. Unter sieben benannten Ursachen folgt für 21 % unzureichende Rente, für 14 % Ausfall des Ernährers, für 7 % Krankheit, für 6 % zu geringes Erwerbseinkommen und für je 1 bis 2 % Tod des Ernährers und unwirtschaftliches Verhalten. Allerdings wiesen die Sozialämter 26 % der Haushalte einer Restgruppe „Sonstige Ursachen“ zu.

Bei den alleinerziehenden Müttern erreichte der Anteil der Ursache „Ausfall des Ernährers“ 43 %. Unter den alleinerziehenden Vätern dominiert dagegen mit 39 % wieder die Ursache „Verlust des Arbeitsplatzes“. Auch unter den Ehepaaren ohne Kinder gehörten 33 % zu dieser Ursache, und unter den alleinstehenden Männern waren es sogar 38 %. Am größten ist der Anteil der Arbeitslosen bei den Ehepaaren mit Kindern, nämlich 57 %. Beim häufigsten Haushaltstyp, den alleinstehenden Frauen, erreichte diese Ursache dagegen nur einen Anteil von 11 %, während 40 % von ihnen der Sozialhilfe wegen zu kleiner Rente bedurften.

Bauhauptgewerbe 1986



Die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe erreichte am 30. Juni 1986 mit 41 318 Personen den geringsten Stand seit 1950. Gegenüber dem Vorjahr ging die Beschäftigtenzahl um 1,9 % zurück. Das geht aus der jährlichen Befragung aller Betriebe hervor. Die Zahl der Betriebe dagegen hat zugenommen. Ende Juni 1986 waren es 3 130, 1,1 % mehr als im

Vorjahr. Der Anteil der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten ist von 66 % im Jahre 1970 und 75 % im Jahre 1980 auf jetzt über 84 % gestiegen. 1986 arbeiteten in dieser Betriebsgröße 38 % aller im Bauhauptgewerbe Beschäftigten. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der Betriebe mit 1 bis 9 Beschäftigten, nämlich gegenüber 1985 um 3,8 % auf 2 043. Zwei Drittel aller Betriebe im Bauhauptgewerbe gehörten zu dieser Größenklasse. Bei sinkender Beschäftigtenzahl hält damit der Trend zu kleineren Betriebseinheiten an.

Über 2 000 Hochschulprüfungen



Im Wintersemester 1985/86 stellten sich in Schleswig-Holstein 2 004 Studierende einer akademischen, staatlichen oder kirchlichen Abschlußprüfung; das sind 6 % mehr als im Wintersemester 1984/85. Die Erfolgsquote lag unverändert bei 94 %.

Von den 1 889 erfolgreichen Hochschulabsolventen hatten 635 ein Fachhochschulstudium (einschließlich Verwaltungsfachhochschule) abgeschlossen, 342 bestanden eine Lehramtsprüfung, 304 Kandidaten hatten ein Staatsexamen (außer Lehramtsexamen) bestanden, 292 die Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule. 215 Doktoranden konnten eine Promotion erfolgreich abschließen. Außerdem bestanden 47 Kandidaten eine Musikprüfung, 33 die kirchliche Abschlußprüfung und 21 eine Magisterprüfung.

Von den 726 weiblichen Prüfungsteilnehmern waren 677 (93 %) erfolgreich. 238 Absolventinnen hatten eine Lehramtsprüfung bestanden; damit waren die Frauen in dieser Prüfungsgruppe überdurchschnittlich stark vertreten.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker:

Amtliche Statistik unentbehrlich, objektiv, glaubwürdig

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt beim Besuch des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden am 27. Oktober 1986 folgende Ansprache:

Herr Bundesminister, Herr Präsident,
meine Damen und Herren!

Ich bin zu Ihnen nach Wiesbaden gekommen, einerseits um diese für unseren Staat wichtige Behörde näher kennenzulernen, andererseits und vor allem um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Behörde zu grüßen und Ihnen für die große unentbehrliche Arbeit herzlich zu danken, die Sie im Interesse unseres Staates im ganzen leisten.

In der Statistik zu arbeiten ist aus mehreren Gründen nicht immer ganz einfach. Einerseits, es wurde schon gesagt, ist es eine Arbeit, die sich mehr im stillen als in der Form eines Showgeschäftes vollzieht. Sodann gibt es, auch ganz unabhängig von Volkszählungen und anderen brisanten Themen, die verbreitete Vorstellung, mit der Statistik könne man ja alles beweisen. Nur werden immer die Erheber der Statistik und ihre Verwender verwechselt.

Das, was im Statistischen Bundesamt geschieht, ist ja nicht, eine bestimmte politische Konsequenz ins Auge zu fassen und dann durch statistisches Material zu untermauern, sondern hier sollen objektive Daten ermittelt werden, die ihrerseits es dann erst möglich machen, eine politische Leitlinie zu untermauern oder gegebenenfalls anhand beweisbaren statistischen Materials abzuändern. Wenn man mit Mißtrauen über die Statistik redet, gilt dieses Mißtrauen unkundiger Verwendung, nicht aber sachverständiger Erhebung der Daten.

Ich glaube, den Anspruch auf Objektivität in der Festsetzung und der Ermittlung der Daten, diesen Anspruch haben das Statistische Bundesamt und die Landesämter voll auf ihrer Seite. Ich denke, niemand behauptet im Ernst, daß hier bei der Arbeit im Konzept oder bei der Durchführung manipuliert würde.

Die Glaubwürdigkeit, die das Statistische Bundesamt sich erworben hat, ist letzten Endes das wichtigste Kapital für die weitere Arbeit. Diese Glaubwürdigkeit vor der Öffentlichkeit zu bezeugen, ist einer der Gründe meines Besuchs bei Ihnen. Gäbe es diese Objektivität

nicht, dann würden ja zum Beispiel die Tarifvertragsparteien sich nicht beide auf die Zahlen des Bundesamtes stützen, einfach weil sie eine objektive Aussagekraft haben.

Es gibt nun Daten, die auch dem normalen Bürger sehr willkommen sind — der Lebenshaltungskostenindex gehört dazu. Es interessiert ihn, wie er sich entwickelt und wie die Vergleichszahlen zu anderen Ländern sind. Es gibt Zahlen, die einen unmittelbar anrühren und vielleicht auch im eigenen Verhalten beeinflussen. Man denke nur an die Zahlen über die Todesopfer im Straßenverkehr.

Es gibt eine Fülle von Wirtschaftsdaten, die uns erkennbar machen, wo die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern steht, wie die Chancen und Risiken verteilt sind. Man kann auf diese Weise etwas über die Anziehungskraft bestimmter Standorte und abnehmende Attraktivität anderer erfahren, man erfährt etwas über die Qualität der Versorgung an den verschiedenen Standorten und in bestimmten Regionen. Das alles ist für politische Entscheidungen nicht weniger wichtig als auch für ganz private Entschlüsse, die man in bezug auf das eigene Leben faßt.

Dennoch ist das, was der normale Bürger erlebt, natürlich nur ein relativ kleiner Ausschnitt Ihrer Arbeit. Nun hat es auch heftige Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der statistischen Arbeit einfach deshalb gegeben, weil wir manche unguuten Gefühle in bezug auf die Entwicklung unseres technischen Zeitalters haben. Jeder von uns erlebt es, daß durch die elektronische Datenverarbeitung und Speicherung zusammen mit der Neugier aller möglichen Instanzen eine Form der Information und auch der Datenerinnerung entsteht, deren Sinn uns nicht immer ganz verständlich erscheinen will.

Ich meine damit nicht nur kleinere Erlebnisse, die mich früher immer bei Formularfragen befremdet haben. Wenn ich zum Beispiel in einem Gasthof abstieg, dann sollte ich darüber Mitteilung machen, ob ich evangelisch oder katholisch oder was anderes sei, obwohl dies wahrlich für die Qualität des Vertrages, den der Gastwirt mit mir abschließt, keine Bedeutung haben kann. Es gibt andere Formen der Formulare, die einen mißtrauisch machen. Wenn einer zum Beispiel einen Le-

bensversicherungsvertrag abschließt, was muß er da nicht alles über seine möglichen früheren, derzeitigen oder künftigen Krankheiten angeben, dann soll man auch noch seine Ärzte von der Schweigepflicht befreien.

Das sind alles Sachen, die man nicht gerne macht. Wenn das außerdem auch noch sehr technisch und sehr verschlüsselt und in seiner Aufbewahrung und Speicherung nicht ganz durchsichtig ist, dann entsteht ein Unbehagen gegenüber den Erscheinungsformen der wissenschaftlich-technischen Welt.

Trotzdem müssen wir verstehen, daß es möglich und notwendig ist, die Mittel der Statistik im Sinne dessen zu nutzen, was technisch möglich und was demokratisch erforderlich und persönlich zumutbar ist. Nun haben wir eine Auseinandersetzung erlebt, bei der für mein Gefühl manche der von mir geschilderten, mitunter etwas ungunstigen Empfindungen, an der falschen Stelle zum Ausdruck gekommen sind, nämlich bei der Volkszählung.

Wir haben eine längere, in ihren Auswirkungen durchaus kostspielige, aber wie ich meine, in ihrer demokratischen Durchsichtigkeit und Klärungswirkung gute Auseinandersetzung über die Notwendigkeit und Durchführung der Volkszählung gehabt. Das Bundesverfassungsgericht, unsere oberste Instanz in bezug auf die Einhaltung der Grundwerte und Grundrechte unserer Verfassung, hat sich geäußert, und ich möchte gerne die Gelegenheit unseres Zusammenseins dazu benutzen, um noch einmal ein Zitat aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung hier zu verlesen, das Ihnen allen bekannt ist, aber an das die Öffentlichkeit gelegentlich erinnert werden sollte. Ich zitiere das Bundesverfassungsgericht:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“

Hier wird in einem Deutsch, das sich an Immanuel Kant orientiert, in einem sehr langen, richtig durchkonstruierten kunstreichen Satzbau eine einfache Erkenntnis vermittelt, die wir auch einfach nutzen sollten. Das, was wir mit Hilfe der Volkszählung erheben, ersetzt nicht die politische Verantwortung der dafür gewählten Stellen, aber es macht politisch verantwortliche Entscheidungen der dafür verfassungsgemäß gewählten Stellen überhaupt erst möglich.

Wenn der Bürger möchte, und darauf hat er Anspruch, daß die Bundesregierung, die Landesregierungen und die kommunalen Selbstverwaltungsorgane in durchsichtiger, nachprüfbarer, auf objektiven Daten beruhender Weise Politik machen, dann ist es in seinem ureigensten Interesse, seinerseits mit dazu beizutragen, daß die statistischen Unterlagen dafür auch zur Hand sind. Würden wir uns der Volkszählung verweigern, dann würden wir zu einer erheblichen Verschleuderung von Steuergeldern und zu einer undurchsichtigen und letzten Endes unvernünftigen irrationalen Politik beitragen. Wollen wir aber die Durchsichtigkeit und Öffentlichkeit unserer Politik, dann müssen wir unsererseits auch dazu bereit sein, die Daten dafür zu liefern.

Ich denke, das Statistische Bundesamt mit allen dazugehörigen Länderorganisationen verfügt über jenes hohe Maß an Glaubwürdigkeit, das sowohl in bezug auf die Notwendigkeit der Erhebung dieser Daten als auch in bezug auf deren Geheimhaltung Gewähr bietet. Für diese Verlässlichkeit, die ich empfinde, wenn ich mit den Stellen des Statistischen Bundesamtes spreche, möchte ich mich auch meinerseits gegenüber unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen verbürgen.

Ich denke, daß wir uns in bezug auch auf diese Frage heftig auseinandergesetzt, aber auch zusammengefunden haben. Und ich meine, lassen Sie uns alle daran mitwirken, daß eine vernünftige Erhebung durchgeführt wird, daß sie ordnungsgemäß und in ihrer Verwendung geheim behandelt wird, und dann lassen Sie uns streiten, nicht darüber, ob eine Volkszählung gemacht werden soll, sondern lassen sie uns, wie es in einer Demokratie das Gesunde und das Weiterführende ist, über die Politik streiten, die auf Grund der ermittelten Volkszählung der Mehrheit als die richtige erscheint.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 136/S. 1137

Die Unternehmen des Einzelhandels in Schleswig-Holstein

Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1985. Handels- und Gaststättenzählungen werden wegen des großen Aufwandes, den sie verursachen, nur in größeren Zeitabschnitten durchgeführt. Die letzte Zählung dieser Art liegt ein Jahr zurück. Vor 1985 fanden Zählungen im Handel und Gastgewerbe in den Jahren 1960, 1968 und 1979 statt. Die Hauptaufgabe solcher Erhebungen ist es, einen Gesamtüberblick über den Handel und das Gastgewerbe zu vermitteln und die wesentlichsten Strukturmerkmale über diese Wirtschaftsbereiche zu liefern.

Die Zählungen richten sich auf Unternehmen, die ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel oder im Gastgewerbe haben. Diese Unternehmen werden mit allen ihren wirtschaftlichen Aktivitäten erfaßt. Die Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung enthalten also auch bereichsfremde Tätigkeiten. Umgekehrt fehlen darin Handels- und Gastgewerbetätigkeiten von Unternehmen mit Schwerpunkt außerhalb des Handels oder Gastgewerbes. Die Erhebungen bilden also nicht die Funktion Handel oder Gastgewerbe, sondern den institutionellen Handel bzw. das institutionelle Gastgewerbe ab. Dieser Sachverhalt gilt selbstverständlich auch für den Einzelhandel als Teilbereich des Handels.

Einzelhandel ist der Verkauf von Handelsware in eigenem Namen für eigene oder fremde Rechnung an private Haushalte. Wird Handelsware an andere Abnehmer als private Haushalte in einer für den Einzelhandel typischen Form und in verhältnismäßig kleinen Mengen verkauft, so rechnet dieser Verkauf bei Bruttopreisauszeichnung (einschl. Umsatzsteuer) zum Einzelhandel, bei Nettopreisauszeichnung (ohne Umsatzsteuer) zum Großhandel. Der Verkauf von Lebensmitteln, Getränken und Genußmitteln zum Verzehr an Ort und Stelle unter Inanspruchnahme gastgewerblicher Dienstleistungen zählt nicht zum Einzelhandel, sondern zum Gastgewerbe. Der Absatz selbst hergestellter Erzeugnisse gehört gleichfalls nicht zum Handel, sondern zum verarbeitenden Gewerbe.

In einigen Branchen des Einzelhandels kommt es zu größeren Überschneidungen mit anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere mit dem verarbeitenden Gewerbe. Betroffen ist u. a. der Einzelhandel mit Kraftfahrzeugen. Dies liegt daran, daß viele Kfz-Händler über eine Werkstatt verfügen, deren Tätigkeit wirtschaftssystematisch zum verarbeitenden Gewerbe ge-

hört. Resultiert aus der Reparatur und Wartung von Fahrzeugen eine größere Wertschöpfung als aus dem Verkauf von Fahrzeugen, wird das betreffende Unternehmen nicht dem Einzelhandel, sondern dem verarbeitenden Gewerbe zugeordnet. In der Kfz-Branche kommt dieser Fall recht häufig vor. Ein anderes Beispiel ist der Einzelhandel mit optischen Geräten. Da das Schleifen und Einpassen von Brillengläsern eine verarbeitende Tätigkeit ist und die daraus resultierende Wertschöpfung oft die Wertschöpfung aus dem Verkauf von Handelswaren wie Thermometern, Ferngläsern etc. übersteigt, gehören die meisten Optiker nicht zum Einzelhandel, sondern zum verarbeitenden Gewerbe.

In die Handels- und Gaststättenzählung 1985 wurden alle Einzelhandelsunternehmen — nachfolgend auch Einzelhändler genannt — einbezogen, die am Erhebungstichtag 29. März 1985 bestanden und im Geschäftsjahr 1984 einen Umsatz einschließlich Umsatzsteuer von mindestens 20 000 DM getätigt hatten. Erreichte ein Unternehmen diese Umsatzgrenze nicht, war aber erst 1984 neu gegründet worden, dann war es ebenfalls meldepflichtig.

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein. Dies bedeutet, daß die Ergebnisse der von schleswig-holsteinischen Einzelhandelsunternehmen in anderen Bundesländern unterhaltenen Zweigniederlassungen in den Angaben enthalten sind, nicht jedoch die Resultate der hiesigen Zweigniederlassungen von Unternehmen des Handels oder des Gastgewerbes mit Sitz außerhalb Schleswig-Holsteins.

Am 29. März 1985 hatten 13 500 Einzelhändler (ohne Agenturtankstellen) ihren Sitz in Schleswig-Holstein. Diese Unternehmen beschäftigten am Erhebungstichtag 94 000 Personen. Zu den Beschäftigten rechnen hier tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie sämtliche Arbeitnehmer einschließlich der Auszubildenden, unabhängig davon, ob die Personen vollbeschäftigt oder nur zeitweise tätig waren. Alle Einzelhandelsunternehmen zusammen setzten im Geschäftsjahr 1984 18,8 Mrd. DM um (einschließlich Umsatzsteuer).

Die Masse der Einzelhandelsunternehmen sind Einbetriebsunternehmen. 1985 bestanden über 90 % der Unternehmen aus nur einer örtlichen Einheit. Rund 1 000 Unternehmen waren Mehrbetriebsunternehmen. Sie

hatten neben der Hauptniederlassung also noch mindestens eine weitere Niederlassung. Als Niederlassung (Arbeitsstätte) gilt dabei jede örtliche Einheit, in der mindestens eine Person regelmäßig — auch nur zeitweise — tätig ist. Dazu zählen neben Verkaufsfilialen auch Werkstätten, Lager, Verwaltungsbetriebe etc. Von den Mehrbetriebsunternehmen hatten 900 Unternehmen zwei bis vier Niederlassungen einschließlich der Hauptniederlassung, und nur 100 Unternehmen hatten einschließlich der Hauptniederlassung mehr als vier Zweigniederlassungen.

Typisch für den Einzelhandel ist die Vielzahl kleiner Unternehmen. So hatten fast 90 % der Einzelhändler weniger als zehn Beschäftigte. Auf diese Unternehmen entfielen jedoch nur 40 % aller in den Einzelhandelsunternehmen beschäftigten Personen. Etwa 6 000 Unternehmen, das sind 45 % aller Einzelhändler in Schleswig-Holstein, beschäftigten nur eine oder zwei Personen. In diesen Unternehmen waren nur 10 % aller im Einzelhandel tätigen Personen beschäftigt. In der Mehrzahl sind dies Familienbetriebe, in denen der In-

Einzelhandelsunternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein am 29. 3. 1985

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Unternehmen		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
1 - 2	6 010	44,6	9 457	10,1
3 - 5	4 165	30,9	15 725	16,7
6 - 9	1 771	13,1	12 629	13,4
10 und mehr	1 536	11,4	56 193	59,8
Zusammen	13 482	100	94 004	100

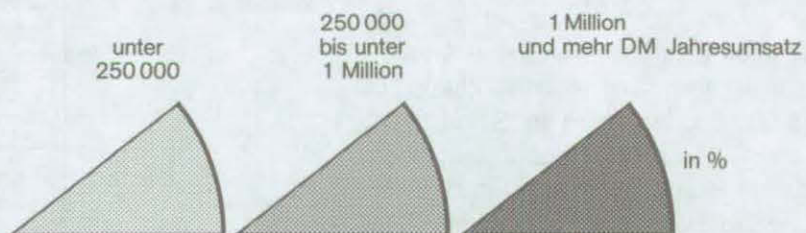
haber entweder allein oder mit einem Angehörigen tätig ist.

Auch bei einer Aufgliederung der Unternehmen nach der Umsatzgrößenklasse — hier nur derjenigen rd. 12 500 mit vollem Geschäftsjahr — zeigt sich ein ähnliches Bild. So hatten 4 500 Unternehmen einen Jahresumsatz 1984 von weniger als 250 000 DM. Das sind 36 % der Einzelhändler mit vollem Geschäftsjahr 1984. Am Gesamtumsatz der Einzelhändler mit vollem Ge-

Einzelhandelsunternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein

D 5575 Stat. LA S-H

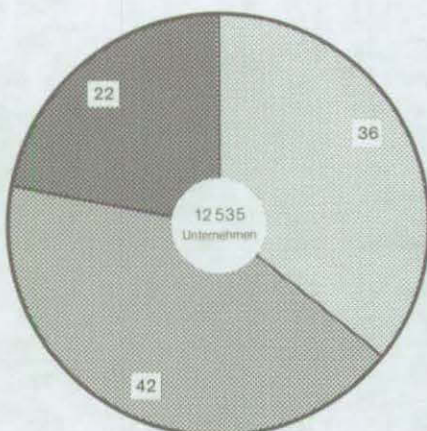
Anteile nach der Umsatzgrößenklasse



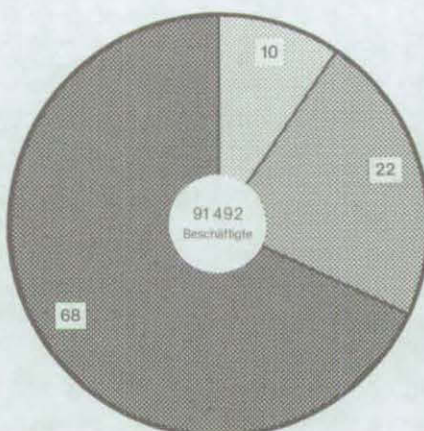
Unternehmen

mit vollem Geschäftsjahr 1984

am 29. März 1985

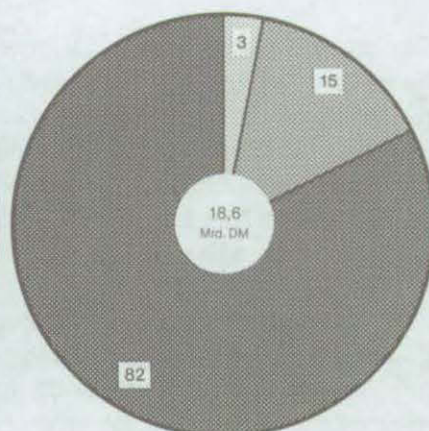


Beschäftigte



Umsatz

1984



schäftsjahr 1984 waren diese Unternehmen allerdings nur mit 3 % beteiligt. Das Hauptgeschäft machten die Umsatzmillionäre. Obwohl ihre Zahl nur rund ein Fünftel der Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr ausmachte, entfielen auf sie über 80 % des Umsatzes dieser Unternehmen.

Im Einzelhandel unterscheidet man drei Hauptabsatzformen. Diese sind der stationäre Handel, der ambulante Handel und der Versandhandel. Beim stationären Handel werden die Waren von einer festen Betriebsstätte aus verkauft. Die vorherrschende Absatzform des stationären Einzelhandels — wie des gesamten Einzelhandels — ist das Ladengeschäft. Zum stationären Einzelhandel gehören außerdem Tankstellen, Kioske, der Handel vom Lager und der Verkauf mittels Automaten. Unter dem ambulanten Handel versteht man den Verkauf von einer mobilen Betriebsstätte aus. Diese Absatzform umfaßt den Markt-, Straßen- und Hausierhandel. Beim Versandhandel werden die Waren mittels Katalog, Prospekt, Anzeige oder mit Hilfe eines Versandhandelsvertreters angeboten und dem Kunden zu gestellt.

Zum stationären Einzelhandel rechneten 1985 12 300 Einzelhändler (Anteil 91 %). Auf sie entfielen 96 % aller Beschäftigten und 98 % des Umsatzes aller Einzelhändler. Im ambulanten Einzelhandel waren 1985 knapp 1 000 Unternehmen tätig. Sie beschäftigten 2 500 Personen (Anteil 2,6 %) und setzten 1984 278 Mill. DM um (Anteil 1,5 %). Das geringste Gewicht hat der Versandhandel. Ihm gehörten 1985 knapp 200 Einzelhändler mit 900 Beschäftigten an. Sein Umsatz belief sich 1984 auf 175 Mill. DM. Relativ stark ist der ambulante Handel im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren vertreten. Jedes siebte Unternehmen mit Schwerpunkt in diesem Bereich gehörte 1985 zum ambulanten Handel. Es handelt sich hier überwiegend um Markthändler sowie um Lebensmittel- und Gemischtwarenhändler auf Rädern, die über Land fahren.

Der bedeutendste Einzelhandelszweig ist der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (kurz: Einzelhandel mit Nahrungsmitteln). Ihm gehörten 1985 rund 4 500 Einzelhändler an. Damit war ein Drittel aller Einzelhandelsunternehmen schwerpunktmäßig im Nahrungsmittelbereich tätig. Die zweithöchste Zahl von Unternehmen wies der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art auf, nämlich knapp 2 300. Der Einzelhandel mit sonstigen Waren umfaßt mehrere ganz verschiedene Branchen, nämlich den Einzelhandel mit Blumen und Pflanzen, mit zoologischem Bedarf, lebenden Tieren, Sämereien,

mit Waffen, Munition und Jagdgeräten, mit Fotogeräten, mit optischen Erzeugnissen, mit Uhren und Schmuck, mit Spielwaren, mit Sportartikeln, mit Brennstoffen, mit Gebrauchsgütern und mit anderweitig nicht genannten Waren, die überwiegend dem Heimwerkerbedarf zuzuordnen sind. Zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art gehören z. B. die Warenhaus- und Kaufhausunternehmen. Ebenfalls fast 2 300 Unternehmen waren dem Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren (kurz: Einzelhandel mit Textilien) zuzurechnen. Danach folgten der Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen mit 1 200 Unternehmen, dann der Einzelhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Artikeln sowie mit Reinigungsmitteln und Anstrichbedarf mit 1 100 Unternehmen (kurz: Einzelhandel mit pharmazeutischen Artikeln). Die restlichen vier Einzelhandelszweige waren mit weniger als 1 000 Unternehmen besetzt. 980 Unternehmen handelten mit Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und Reifen (kurz: Einzelhandel mit Fahrzeugen), 660 mit elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten — wie Herden, Kühlschränken und Waschmaschinen — und Musikinstrumenten und 440 mit Papierwaren, Druckerzeugnissen und Büromaschi-

Einzelhandelsunternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein

Wirtschaftsgruppe	Unternehmen am 29.3.1985	Umsatz im Jahre 1984 je		
		insgesamt Mill. DM	Unternehmen	Beschäftigten 1 000 DM
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	4 476	7 835	1,8	229
Sonstige Waren, Waren verschiedener Art	2 291	2 924	1,3	208
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	2 281	2 076	0,9	128
Einrichtungsgegenstände	1 209	1 897	1,6	211
Pharmazeutische, kosmetische und medizinische Artikel, Reinigungsmittel, Anstrichbedarf	1 091	1 188	1,1	179
Fahrzeuge, Fahrzeugteile, -zubehör und Reifen	977	1 873	1,9	238
Elektrotechnische Erzeugnisse, Haushaltsgroßgeräte, Musikinstrumente	655	515	0,8	140
Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen	441	284	0,6	139
Tankstellen (ohne Agenturtankstellen)	61	176	2,9	620
Einzelhandel insgesamt	13 482	18 770	1,4	200

nen (kurz: Einzelhandel mit Papierwaren). Zu diesem zuletzt genannten Einzelhandelszweig ist zu bemerken, daß die Unternehmen, die schwerpunktmäßig mit Büromaschinen handeln, überwiegend dem Großhandel angehören.

61 Unternehmen waren Tankstellen. Es handelt sich dabei nur um die sog. freien Tankstellen, die Kraft- und Schmierstoffe im eigenen Namen und für eigene Rechnung absetzen. Die Agenturtankstellen, die Kraft- und Schmierstoffe im fremden Namen und für fremde Rechnung verkaufen, werden bei der Handelsvermittlung nachgewiesen. Die auffallend geringe Zahl der freien Tankstellen hat im wesentlichen zwei Gründe. Einmal mußten in den vergangenen Jahren viele Tankstellen wegen der großen Konkurrenz ihren Betrieb einstellen, zum anderen besteht das Hauptgeschäft bei zahlreichen Tankstellen heute nicht mehr im Absatz von Mineralölerzeugnissen, sondern im Verkauf anderer Waren, wie Autozubehör, Getränke und Nahrungsmittel, so daß diese Tankstellen bei einer anderen Branche erfaßt sind.

Auch beim Umsatz stand der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln an der Spitze aller Einzelhandelszweige. Er erzielte 1984 Erlöse von 7,8 Mrd. DM. Das sind über 40 % der von allen Einzelhändlern mit Sitz in Schleswig-Holstein getätigten Umsätze. Mit großem Abstand folgte der Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art. Er setzte 1984 2,9 Mrd. DM um. Am Ende der Skala rangierten die freien Tankstellen mit einem Umsatz von 176 Mill. DM.

Bezieht man den in einer Wirtschaftsgruppe getätigten Gesamtumsatz auf die Zahl der Unternehmen, erhält man einen Maßstab für die durchschnittliche Größe der Unternehmen. Danach waren die Tankstellen am größten. Im Durchschnitt setzte jede Tankstelle im Jahre 1984 2,9 Mill. DM um. Mit einem Umsatz von 1,9 Mill. DM je Unternehmen folgte der Einzelhandel mit Fahrzeugen. Am kleinsten waren die Unternehmen im Einzelhandel mit Papierwaren. Sie setzten 1984 durchschnittlich 645 000 DM um.

Auch beim Umsatz je Beschäftigten standen die Tankstellen an der Spitze aller Einzelhandelszweige. Auf jeden Beschäftigten entfielen dort im Durchschnitt 620 000 DM. Die Tankstellen lagen damit weit über dem Durchschnitt des gesamten Einzelhandels mit 200 000 DM Umsatz je Beschäftigten. Daran zeigt sich, daß vorwiegend die großen Tankstellen ihren Schwerpunkt im Absatz von Mineralölerzeugnissen behalten haben, während bei den kleinen Tankstellen oftmals der Verkauf anderer Waren überwiegt. An zweiter Stelle stand der Einzelhandel mit Fahrzeugen. In dieser Gruppe entfielen auf jeden Beschäftigten 238 000 DM. Den geringsten Umsatz je Beschäftigten verzeichnete der Einzelhandel mit Textilien, und zwar 128 000 DM; das ist auch weniger als im Einzelhandel mit Papierwaren, obwohl je Unternehmen der Umsatz im Textileinzelhandel deutlich höher war als im Einzelhandel mit Papierwaren. Der Textileinzelhandel ist also wesentlich personalintensiver als der Einzelhandel mit Papierwaren.

Karl-Heinz König

Wohngeld 1985

Im Rahmen einer grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungspolitik verfügt der Staat neben dem sozialen Wohnungsbau seit 1965 mit dem Wohngeld über ein weiteres Förderungsinstrument, mit dem er auch einkommensschwachen Bevölkerungsschichten ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen ermöglicht. Im Gegensatz zum sozialen Wohnungsbau, der mit Zins- und Tilgungszuschüssen sowie öffentlichen Baudarlehen und Aufwendungsbeihilfen an das Bauobjekt gebunden ist (Objektförderung), stellt das Wohngeld auf den einzelnen Wohnungsinhaber ab

(Subjektförderung). Wer Wohngeld erhält und wieviel, regelt das Wohngeldgesetz. Danach erhalten Wohngeld nicht nur Mieter von Wohnungen in Form von Mietzuschuß, sondern als Lastenzuschuß auch Eigentümer von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen.

Damit das Wohngeld nicht unangemessenen Wohnkomfort fördert, hat der Gesetzgeber Höchstbeträge festgesetzt, bis zu denen die Miete oder die Belastung für Wohneigentum zuschußfähig sind. Diese Höchstgrenzen sind stark differenziert, um so Unterschiede

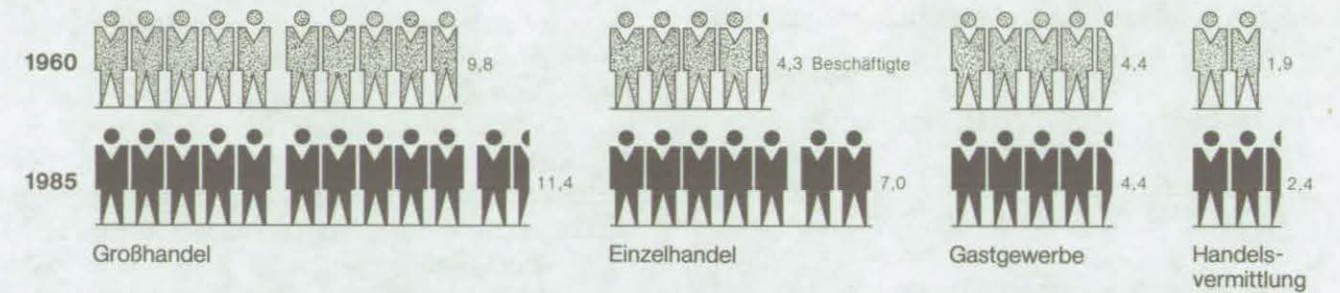
Handel und Gastgewerbe

In den Jahren 1960, 1968, 1979 und 1985 wurden Handels- und Gaststättenzählungen durchgeführt. Sie sollen Basisinformationen liefern. Obwohl sie in ihren Grundzügen übereinstimmen, sind ihre Ergebnisse nur mit Einschränkungen vergleichbar. So lag den Erhebungen von 1979 und 1985 eine aktualisierte Wirtschaftszweigsystematik zugrunde. Außerdem war die Erfassungsschwelle unterschiedlich hoch. Während 1968 und 1979 Unternehmen mit einem Jahresumsatz unter 12 000 DM nicht erfaßt wurden, lag die Abschnidegrenze 1985 bei 20 000 DM. In der 60er Zählung sind sämtliche Unternehmen erfaßt worden.

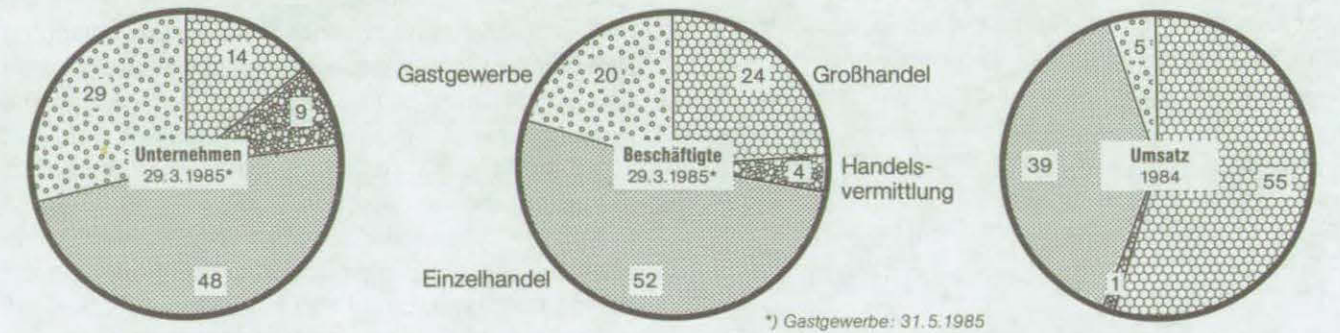
Die Abbildungen beziehen sich auf Unternehmen, einschließlich ihrer Zweigniederlassungen, auch der außerhalb Schleswig-Holsteins. Nicht berücksichtigt sind dagegen die Zweigniederlassungen in Schleswig-Holstein von Handels- und Gastgewerbeunternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland. Für die Bestandsgrößen gelten die Stichtage der Erhebung. Der Umsatz bezieht sich jeweils auf das Vorjahr. Beim Einzelhandel und beim Gastgewerbe ist die Umsatzsteuer im Umsatz enthalten, beim Großhandel und bei der Handelsvermittlung nicht. Agentur-tankstellen werden bei der Handelsvermittlung nachgewiesen.



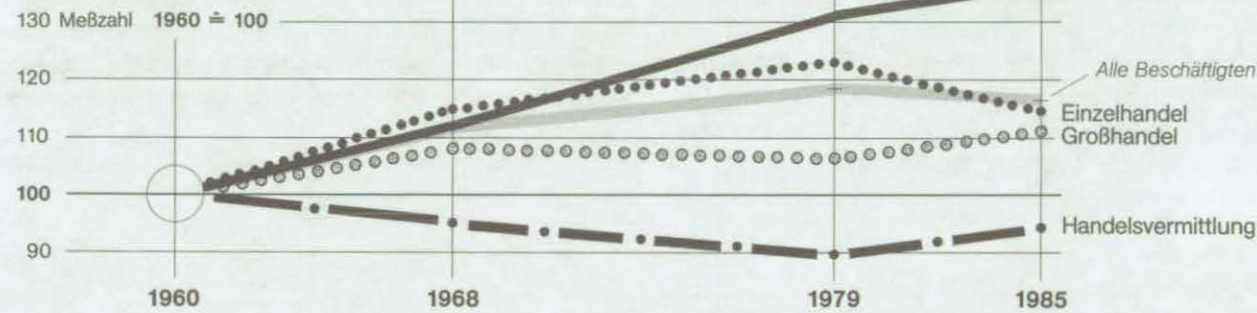
Beschäftigte je Unternehmen



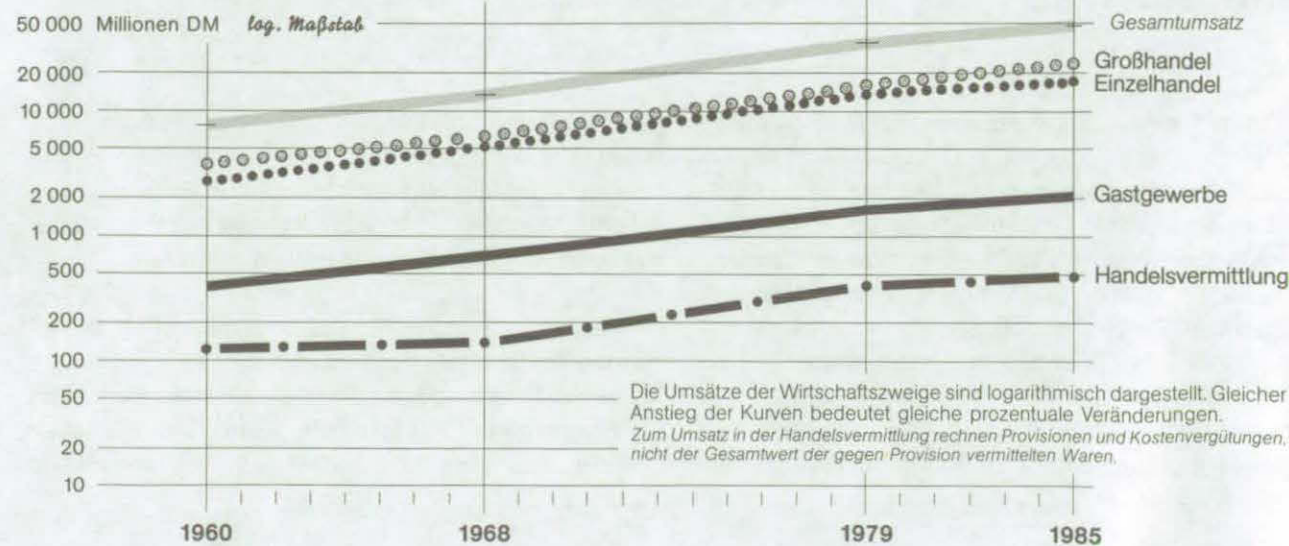
Anteile der Wirtschaftszweige in %



Beschäftigte



Umsatz des Vorjahres - nur Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr -



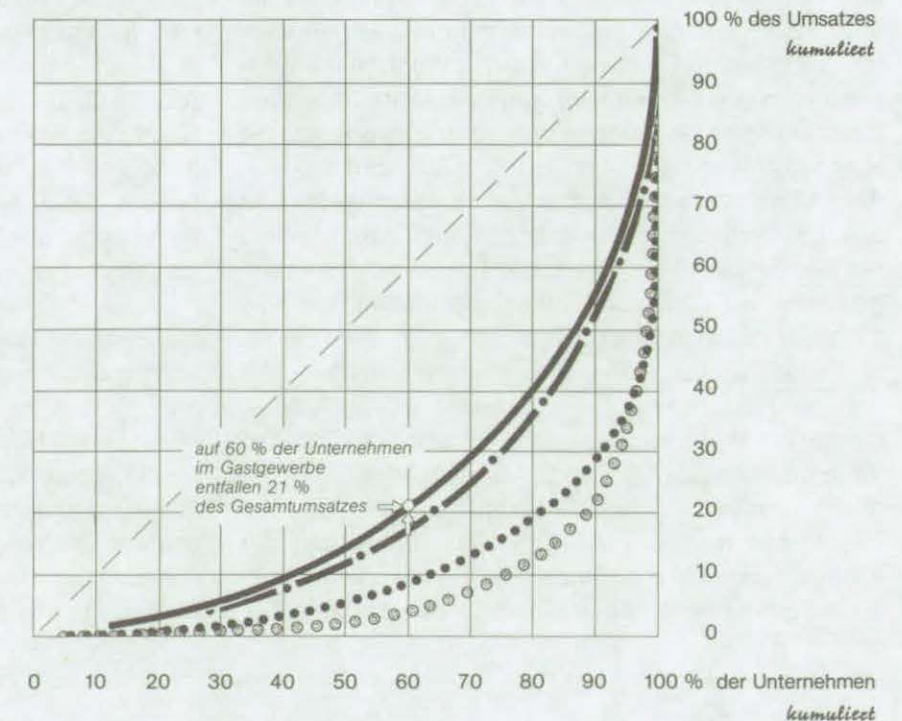
Umsatzkonzentration

Umsätze 1984 der 1985 gezählten Unternehmen

- Gastgewerbe
- - - Handelsvermittlung
- Einzelhandel
- ○ ○ Großhandel

Hätten alle Unternehmen einen gleich hohen Umsatz, entstünde eine Gerade (gestrichelte Linie). Je ungleichmäßiger sich die Umsätze auf die Unternehmen verteilen, um so tiefer hängt die Linie durch.

Am stärksten war die Umsatzkonzentration im Großhandel. Hier entfielen auf fast 50 % der Unternehmen nur 2 % des Gesamtumsatzes. Nur 2 % der Unternehmen vereinigten aber über 50 % des Gesamtumsatzes auf sich.



der Altersstruktur der Wohnungen, der Ausstattungen mit Heizung und Bad, der Gemeindegröße des Wohnortes sowie der Zahl der Familienmitglieder zu berücksichtigen. Innerhalb dieser Miet- und Belastungshöchstbeträge begründen die Zahl der Familienmitglieder eines Haushaltes und das um bestimmte Beträge gekürzte Familieneinkommen Anspruch und Höhe des Wohngeldes. Am folgenden Beispiel (Stand 1985) soll der vielfältige Einfluß auf die Wohngeldberechnung, aber auch der Versuch des Gesetzgebers aufgezeigt werden, die individuellen Verhältnisse des Antragstellers bei der Bemessung des Wohngeldes zu berücksichtigen:

Ein Ehepaar mit einem Kind lebt in einer Gemeinde mit weniger als 100 000 Einwohnern. Ihre Mietwohnung wurde 1972 bezugsfertig und ist mit einer Sammelheizung sowie einem Bad ausgestattet. Auf Grund dieser Daten ergibt sich für die Familie ein Höchstbetrag für die zuschußfähige Miete von 500 DM; die tatsächlich zu zahlende Miete liegt mit 470 DM darunter. Der Ehemann verdient als Alleinverdiener 2 238 DM. Nach Abzug einer Werbungskostenpauschale von 47 DM, eines Kinderfreibetrages von 50 DM und nach einem pauschalen Abzug für Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen von 30 % verbleibt ein wohngeldrelevantes monatliches Familieneinkommen von 1 499 DM. Mit Hilfe einer Wohngeldtabelle läßt sich der Mietzuschuß ablesen, der in diesem Fall 78 DM beträgt. Steigt das bereinigte Einkommen um 2 % auf 1 529 DM, dann sinkt der Mietzuschuß um 14 % auf 67 DM.

Damit den anspruchsberechtigten Haushalten ein angemessenes familiengerechtes Wohnen auch auf Dauer gesichert werden kann, müssen die Wohngeldbeträge von Zeit zu Zeit an die Entwicklung der Mieten und Einkommen angepaßt werden. Als einkommensabhängige Leistung sinkt das Wohngeld bei Erhöhungen des Nominaleinkommens. Mieterhöhungen bewirken dagegen Wohngeldsteigerungen, solange die zuschußfähigen Höchstbeträge nicht überschritten werden. Allerdings reicht oft das Mehr an Wohngeld nicht aus, um Mieterhöhungen aufzufangen, so daß der Anteil des Einkommens steigt, der für das Wohnen aufgewendet werden muß. Gehen die Mieten über die zuschußfähigen Höchstbeträge hinaus, müssen die zusätzlichen Wohnkosten voll vom Mieter getragen werden. Ohne periodische Anpassung würden daher sowohl die Wohngeldleistungen als auch die Zahl der Wohngeldempfänger ständig zurückgehen. Die dadurch erforderlichen Novellen zum Wohngeldgesetz sichern aber nicht nur die finanzielle Entlastung der anspruchsberechtigten Haushalte, sondern korrigieren auch Strukturverschiebungen im Empfängerkreis. Da-

bei gibt die gesetzlich angeordnete Wohngeldstatistik (§ 35 Wohngeldgesetz) den politisch Verantwortlichen wichtige Hinweise, wann und in welcher Richtung die Wohngeldförderung geändert werden muß. Das Wohngeldgesetz (WoGG) wurde 1971, 1974, 1978, 1981 und 1986 novelliert. Mit der 6. Novelle vom 1. Januar 1986 wurden die Gemeindegrößenklassen durch Regionen gleichen Mietenniveaus als Bestimmungsfaktor der Höchstbeträge für die zuschußfähigen Mieten und Belastungen ersetzt.

Bevor im weiteren die Ergebnisse der Wohngeldstatistik kommentiert werden, ist an dieser Stelle auf die 1984 geänderte Aufbereitung der Wohngeldstatistik hinzuweisen. Bis einschließlich 1983 wurden in der Jahresstatistik nur die Wohngeldempfänger erfaßt, deren Anträge den Wohngeldberechnungsstellen bis zum Erhebungsstichtag 31. 12. abgeschlossen bearbeitet vorlagen. Wohngeldanträge, die den Berechnungsstellen zum Jahresende vorlagen, aber verwaltungsbedingt erst nach dem Erhebungsstichtag bewilligt werden konnten, blieben statistisch unberücksichtigt. Das führte zu einer Untererfassung der Wohngeldempfänger bis zu 15 % und zu einer Unterrepräsentation bestimmter Empfängerkreise. Wegen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zum Jahresende sind es zum Beispiel vor allem Arbeitslose, die Anträge auf Wohngeld zu einem Zeitpunkt stellen, der eine rückwirkende Einbeziehung dieser Personen in die Wohngeldstatistik nicht mehr zuließ. 1984 ist das Berichtssystem so geändert worden, daß die rückwirkenden Bewilligungen aus dem ersten Quartal des Folgejahres in die Statistik einbezogen werden, obwohl dadurch größere Zeitverzögerungen für die Bereitstellung der Daten entstehen. Die wenigen Fälle, die wegen ihrer späten Bewilligung weiterhin nicht in die Statistik eingehen, sind für die statistischen Aussagen ohne Bedeutung.

Am 31. 12. 1985 erhielten in Schleswig-Holstein 94 504 Haushalte Wohngeld. Das sind 9 % aller Privathaushalte und 2 % weniger als im Jahre 1984. In der Tabelle ist die Entwicklung der Wohngeldleistungen seit Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes im Jahre 1965 dargestellt.

Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg seit 1965 bis Anfang der 70er Jahre an und erreichte als Folge der zweiten Wohngeldnovelle 1974 mit rund 99 700 Fällen einen ersten Höchststand. Aufgrund der Einkommens- und Mietenentwicklung gingen die Empfängerzahlen in den Folgejahren wieder zurück. Mit der dritten Wohngeldanpassung gelangten im Jahre 1978 in etwa genauso viele Haushalte wie 1974 in die Wohngeldförderung. Die Novelle des Wohngeldgesetzes von

**Wohngeldempfänger und gezahltes Wohngeld
1965 bis 1985**

Jahr	Wohngeld- empfänger am 31. 12.	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Im Berichtsjahr gezahltes Wohngeld in Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	31 049	.	11,9	.
1974	99 713	.	87,1	.
1975	96 083	- 3,6	94,9	+ 8,9
1976	92 509	- 3,7	89,7	- 5,4
1977	85 675	- 7,4	81,4	- 9,3
1978	99 364	+ 16,0	105,4	+ 29,6
1979	94 219	- 5,2	108,0	+ 2,4
1980	92 938	- 1,4	109,4	+ 1,3
1981	104 796	+ 12,8	152,5	+ 39,3
1982	100 777	- 3,8	161,1	+ 5,6
1983	93 744	- 7,0	163,3	+ 1,4
1984	96 457	+ 2,9	149,8	- 8,3
1985	94 504	- 2,0	151,4	+ 1,1

1981 brachte mit knapp 105 000 geförderten Haushalten das höchste Ergebnis für Schleswig-Holstein. Danach setzte erneut der Prozeß des Herauswachsendens aus der Förderung ein. Das Plus von 2,9 % gegenüber 1983 erklärt sich aus der oben beschriebenen Umstellung des Berichtssystems im Jahre 1984. Mit der sechsten Novelle, die seit dem 1. 1. 1986 wirksam ist, muß wieder mit wachsenden Empfängerzahlen gerechnet werden.

Ähnlich wie die Empfängerzahlen verlief die Entwicklung der Wohngeldausgaben, die je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden. Durch die Wohngeldanpassungen erreichten die Wohngeldbeträge 1971, 1974, 1978 und 1985 Spitzenwerte, dazwischen gingen die Wohngeldausgaben zurück oder nahmen nur mit geringen Raten zu. Zu einer deutlichen Steigerung der Wohngeldleistungen führte die fünfte Novelle. Gegenüber 1980 wuchs das Förderungsvolumen um fast 40 % auf rund 153 Mill. DM an. Die zum 1. 1. 1981 in Kraft getretene Novelle erhöhte die Einkommensgrenzen, die Höchstbeträge für die zuschufähigen Wohnkosten sowie die Beträge in den Wohngeldtabellen. Indem die Wohngeldbeträge und die Miethöchstbeträge für Haushalte mit vier und mehr Personen überproportional angehoben wurden, setzte der Gesetzgeber verstärkt familienpolitische Akzente. Die Maßnahmen der fünften Wohngeldanpassung führten zu einem deutlich höheren Ausgabenanstieg als bei der Verabschiedung der Novelle geplant. Der überplanmäßige Ausgabenzuwachs wurde im Rahmen des zweiten Haushaltsstrukturgesetzes 1982 und durch das Haushaltsbegleitgesetz 1983 korrigiert, was den Rück-

gang der gezahlten Beträge um über 8 % auf rund 150 Mill. DM im Jahre 1984 erklärt.

Wohngeld beanspruchen vorrangig Mieter. Von den 94 504 Haushalten, die zum 31. 12. 1985 Wohngeld erhielten, bezogen 84 001 (89 %) Mietzuschuß und 10 503 (11 %) Lastenzuschuß. Entsprechend verteilten sich die Wohngeldleistungen in Höhe von 151 Mill. DM, nämlich zu 87 % auf Mieterhaushalte und zu 13 % auf Eigentümerhaushalte. Daß die Empfänger von Lastenzuschüssen relativ stärker gefördert werden, zeigen auch die Leistungen je Fall. Das durchschnittlich gezahlte Wohngeld je Haushalt lag im Dezember 1985 bei monatlich 123 DM und damit um 1 DM über dem Vorjahresergebnis. Die durchschnittliche Förderung an Mieter betrug 122 DM, die für Eigentümerhaushalte immerhin 136 DM. Die durchschnittliche Wohngeldleistung von 123 DM erhielten längst nicht alle Haushalte. Denn mit weniger als 100 DM mußten immerhin 46 % der 94 504 Wohngeldempfänger auskommen, 25 % erhielten zwischen 100 und 150 DM und für ebenfalls 25 % betrug die Wohngeldleistung 150 bis 300 DM. Mehr als 400 DM Wohngeld bekam lediglich 1 % der Wohngeldbezieher.

Der mittlere Wohngeldzuschuß lag in Schleswig-Holstein mit 123 DM um 4 DM über dem Bundesdurchschnitt. Nur in Bremen (130 DM), Hamburg (126 DM) und Nordrhein-Westfalen (124 DM) waren die monatlichen Wohngeldleistungen je Haushalt höher als im nördlichsten Bundesland.

Drei Viertel der 94 504 Wohngeldbezieher lebten in Gemeinden unter 100 000 Einwohnern. Die Lastenzuschußempfänger lebten fast ausschließlich in Gemeinden dieser Größenklasse. Nur 5 % besaßen ein Haus oder eine Eigentumswohnung in Gemeinden und Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, in denen immerhin 28 % der Mietzuschußempfänger wohnten.

Sozialstruktur und wirtschaftliche Lage der Wohngeldempfänger geben Hinweise dafür, ob das Ziel des Wohngeldgesetzes erreicht ist, auch einkommensschwachen Bevölkerungsschichten ein angemessenes Wohnen zu sichern. Entsprechend ihrer Beteiligung am Erwerbsleben wird hier zwischen erwerbstätigen, arbeitslosen und nichterwerbstätigen Wohngeldempfängern unterschieden.

Zu den Erwerbstätigen gehören Selbständige, Beamte, Angestellte und Arbeiter, zu den Nichterwerbstätigen zählen Rentner, Pensionäre, Studenten und sonstige Nichterwerbspersonen. Letztere sind Personen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder su-

chen und nicht Rentner, Pensionäre oder Studenten sind. Neben Empfängern von Sozialhilfe sowie Kriegsopferfürsorge zählen dazu außerdem alle Personen, die von Privaten Unterhalt beziehen.

Die Zuordnung zum sozialen Status richtet sich nach der Angabe zur Einkommensart des Antragstellers, so daß z. B. nur arbeitslose Antragsteller, nicht aber arbeitslose Familienmitglieder erfaßt werden. Da außerdem die Berechnungsstellen aus methodischen Gründen arbeitslose Antragsteller den sonstigen Nichterwerbstätigen zugeordnet haben, ist der Anteil arbeitsloser Wohngeldempfänger mit 6 % zu niedrig ausgewiesen. Durch die zu Beginn 1986 umgesetzte Novellierung des Wohngeldgesetzes konnte die Unschärfe in der Abgrenzung der Wohngeldempfänger nach ihrem sozialen Status beseitigt werden.

Vor allem Nichterwerbstätige sind auf Wohngeldleistungen angewiesen. 1985 waren von 94 504 Wohngeldempfängern 74 % nicht erwerbstätig, das sind 3 Prozentpunkte mehr als 1981. Der Anteil erwerbstätiger Wohngeldempfänger betrug 20 % und damit 4 Punkte weniger als vor vier Jahren. Von den rund 70 000 Nichterwerbstätigen hatten 52 % den Status eines Rentners bzw. Pensionärs. 1981 machte diese Gruppe sogar 78 % aller nichterwerbstätigen Wohngeldempfänger aus.

Unterstützt werden überwiegend kleine Haushalte. 1985 lebten 51 % der 94 504 Wohngeldbezieher in einem Einpersonenhaushalt, das sind 5 % weniger als 1981. Zusammen mit den Zweipersonenhaushalten erhöht sich dieser Anteil auf 68 %. Etwa 88 % dieser Wohngeldempfänger waren nicht erwerbstätig. Anders sieht es bei den Haushalten mit drei und mehr Personen aus, wozu 32 % der Bezieher von Wohngeld gehörten. Von diesen Haushalten zählten 45 % zu den Nichterwerbstätigen, in 49 % der Fälle war der Antragsteller erwerbstätig. In großen Familien, hier Haushalte mit sechs und mehr Mitgliedern, lebten 1985 nur 3 % der Wohngeldempfänger und damit 1 Prozentpunkt weniger als 1981.

Die Ausstattung der Wohnungen der Wohngeldempfänger hat sich im allgemeinen verbessert. 1985 waren 85 % der Wohnungen mit Sammelheizung und Bad ausgestattet, das sind 4 Prozentpunkte mehr als 1981. Gleichzeitig ging der Anteil der Wohnungen, die entweder Sammelheizung oder Bad hatten, von 15 % auf 13 % zurück. Der Anteil Wohnungen ohne Sammelheizung und Bad belief sich 1985 auf 2 % (1981: 3 %).

In Altbauwohnungen, das sind Wohnungen, die vor 1948 fertiggestellt worden sind, lebten 28 % der Wohn-

geldbezieher. Die Mehrheit von ihnen (54 %) gehörten zum Kreis der Einpersonenhaushalte. Die Wohnsituation in Altbauwohnungen ist weniger gut als die in Neubauwohnungen. 91 % der Wohnungen in Neubauten waren mit Sammelheizung und Bad ausgestattet, während diese Ausstattung nur in 69 % der Altbauwohnungen vorlag. In den anderen Wohnungen fehlten entweder die Sammelheizung oder das Bad oder sogar beides. Über beide Ausstattungsmerkmale verfügten dagegen 97 % der Wohnungen, die nach 1972 fertiggestellt worden sind.

Wie groß sind die Wohnungen der Wohngeldempfänger? In Wohnungen unter 40 qm Wohnfläche lebten im Dezember 1985 22 % der Wohngeldempfänger, 57 % in Wohnungen mit einer Fläche von 40 bis 80 qm und 21 % in Wohnungen mit über 80 qm. In Verbindung mit der Größe der Haushalte gewinnen die Angaben über die Wohnfläche an Aussagekraft. So zeigt sich, daß 40 % der Einpersonenhaushalte in Wohnungen wohnten, die kleiner als 40 qm sind, während 15 % der alleinstehenden Wohngeldempfänger in Wohnungen lebten, die mehr als 60 qm aufweisen. Daraus kann man schließen, daß viele inzwischen alleinstehende Rentner oder Pensionäre ihre auf einen Mehrpersonenhaushalt zugeschnittene Wohnung beibehalten und zugleich andere alleinlebende Wohngeldempfänger relativ kleine Appartements oder Einzelzimmer bewohnen. Die durchschnittliche Wohnfläche betrug für die Wohnungen der Einpersonenhaushalte 43 qm. Damit verglichen sind die räumlichen Wohnverhältnisse in den großen Familien enger gestaltet. Zum Beispiel stand Haushalten mit fünf Personen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 87 qm nur doppelt soviel Wohnraum zur Verfügung wie einem Einpersonenhaushalt. Jeder vierte Wohngeldempfänger aus Haushalten mit fünf und mehr Personen hatte eine Wohnung mit weniger als 80 qm.

Ausstattung, Baujahr und Größe der Wohnungen bestimmen die Höhe der Miete und der Belastung für Wohneigentum. Im Sinne des Wohngeldgesetzes ist Miete das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum einschließlich Vergütungen, Umlagen und Zuschlägen, wie zum Beispiel die Kosten für die Abwasser- und Müllbeseitigung. Die Belastung für Wohneigentum setzt sich aus den Kapitaldienst- und den Bewirtschaftungsaufwendungen zusammen. Die so definierten Wohnkosten sind für Mietzuschußempfänger geringer als für Lastenzuschußempfänger. Ende 1985 betrug die durchschnittliche Quadratmetermiete 6,80 DM, die durchschnittliche Belastung dagegen 7,15 DM.

Ohne Wohngeldleistungen betragen im Dezember 1985 die durchschnittlichen Wohnkosten je qm Wohnfläche pro Monat für alle Wohngeldbezieher 6,87 gegenüber 5,60 DM im Jahre 1981. Mehr als 5 DM hatten 85 % der Wohngeldempfänger zu tragen. 12 % bezahlten zwischen 3 und 5 DM und 3 % weniger als 3 DM. Für Wohnungen, die mit Sammelheizung und Bad ausgestattet waren, beliefen sich die durchschnittlichen Wohnkosten je qm Wohnfläche auf 7,00 DM gegenüber 4,32 DM für Wohnungen mit sonstiger Ausstattung. Erwartungsgemäß ist das Wohnen in älteren Wohngebäuden billiger als in neueren. Im Altbau bezahlten die Wohngeldempfänger durchschnittlich 5,96 DM, während die Wohnkosten in Wohnungen, die nach 1978 fertiggestellt worden sind, bei 7,56 DM je qm lagen.

Deutlicher als durch den Quadratmeterpreis wird die finanzielle Belastung des Wohnens durch die monatlichen Kosten für die ganze Wohnung bestimmt, denn ein hoher Quadratmeterpreis kann durch eine entsprechend kleinere Wohnung aufgefangen werden und umgekehrt. Ohne Wohngeldleistungen beliefen sich die durchschnittlichen Wohnkosten pro Monat für alle Wohngeldempfänger auf 414 DM, die damit gegenüber 1981 um 80 DM gestiegen sind. Mit einer Durchschnittsmiete von 375 DM lagen die Wohnkosten der Empfänger von Mietzuschuß deutlich unter dem Mittel aller Wohngeldempfänger, während die Bezieher von Lastenzuschuß mit durchschnittlich 724 DM wesentlich höhere Wohnkosten tragen mußten.

In beiden Empfängerkreisen streuen die monatlichen Wohnkosten weit um die Mittelwerte. Relativ hoch ist die Monatsmiete für Einpersonenhaushalte, vor allem für die mit niedrigerem Einkommen. Die Einpersonenhaushalte entrichteten 1985 durchschnittlich 293 DM Miete. Diejenigen von ihnen, die nicht mehr als 500 DM Einkommen aufwiesen, mußten immerhin 226 DM an Miete zahlen. Unter der Durchschnittsmiete von 375 DM lagen neben den Einpersonenhaushalten nur noch die Empfänger von Mietzuschuß, die in Zweipersonenhaushalten lebten und weniger als 1 000 DM Einkommen aufwiesen. Für Vierpersonenhaushalte betrug die Durchschnittsmiete 532 DM, für Haushalte mit sechs und mehr Personen 609 DM. Vergleichsweise günstig fällt die durchschnittliche Wohnkostenbelastung der Lastenzuschußempfänger in Einpersonenhaushalten aus. Sie entrichteten für den Kapitaldienst 281 DM und somit weniger als die Mietzuschußempfänger in Einpersonenhaushalten. Vermutlich handelt es sich hier häufig um Rentner oder Pensionäre in bereits weitgehend schuldenfreien Eigenheimen. Unter dem Durchschnittswert für alle Lastenzuschußempfänger von 724 DM lagen auch die Belastungen der Zweiperson-

nenhaushalte (438 DM) und der Dreipersonenhaushalte (709 DM) mit Ausnahme derjenigen, die mehr als 1 500 DM Einkommen hatten. Die durchschnittliche Belastung der Haushalte mit 6 und mehr Personen belief sich auf 1 010 DM.

Schon eingangs wurde darauf hingewiesen, daß die Wohnkosten nur bis zu bestimmten Grenzen zuschufähig sind. 1985 lebten 62 % der Wohngeldempfänger in Wohnungen, deren Wohnkosten über den Höchstgrenzen lagen. 1981 betrug diese Quote nur 31 %. Überdurchschnittlich hoch (72 %) war die Höchstbetragsüberschreitung bei den Lastenzuschußempfängern, die die entsprechende Quote für die Mietzuschußempfänger um 12 Prozentpunkte übertrafen. Diese Entwicklung bedeutet für die Wohngeldempfänger, daß ein immer größerer Teil der Mietkosten selbst getragen werden muß. Mit der Wohngeldgesetznovelle, die am 1. 1. 1986 in Kraft getreten ist, wird unter anderem dieser Entwicklung entgegengewirkt.

Für die Beschreibung der wirtschaftlichen Lage der Wohngeldempfänger wird das Familieneinkommen herangezogen, das auch der Wohngeldberechnung zugrunde liegt. Wie im vorgestellten Beispiel angedeutet, versteht man unter dem Familieneinkommen die Gesamteinnahmen der zum Haushalt zählenden Familienmitglieder. Maßgebend sind grundsätzlich die im Bewilligungszeitraum zu erwartenden Einnahmen, unter gewissen Voraussetzungen die Einnahmen der letzten 12 Monate vor der Antragstellung. Von den Einnahmen sind bestimmte Beträge abzusetzen, nämlich

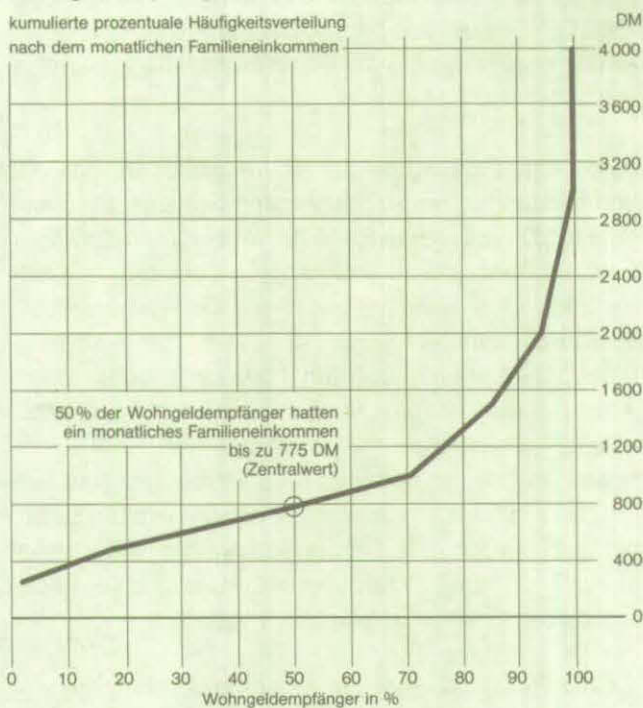
- Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 12 WoGG)
- Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen (§ 12a WoGG)
- Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 WoGG)
- bestimmte steuerfreie Einnahmen, z. B. Hinterbliebenen-Grundrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz (§ 14 WoGG)
- Familienfreibeträge (§ 15 WoGG)
- Freibeträge für besondere Personengruppen (§ 16 WoGG)

Von den verbleibenden Einnahmen werden noch alternde Pauschalabzüge für die Pflichtbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung sowie für Steuern vom Einkommen vorgenommen (§ 17 WoGG).

Um zu zeigen, wie stark die Haushalte der Wohngeldempfänger durch die Wohnkosten belastet und durch das Wohngeld entlastet werden, wird in der Wohngeld-

Wohngeldempfänger am 31.12.1985

kumulierte prozentuale Häufigkeitsverteilung
nach dem monatlichen Familieneinkommen



statistik ein „bereinigtes“ Familieneinkommen definiert. Gemeint sind damit alle Einnahmen eines Haushaltes einschließlich der Beträge nach § 12 a und §§ 14 - 17 WoGG. Die Werbungskosten oder Betriebsausgaben und die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung bleiben weiterhin unberücksichtigt. Das für die Wohngeldbewilligung relevante Familieneinkommen ist somit grundsätzlich geringer als die bereinigten Einkommen. Durchschnittlich lag 1985 das monatliche Familieneinkommen um 35 % unter den bereinigten Einnahmen, bei den Haushalten mit sechs und mehr Familienmitgliedern sogar um 44 %.

Die Grafik zeigt die kumulierte Verteilung der Wohngeldempfänger über die Größenklassen des monatlichen Familieneinkommens. Zur Charakterisierung dieser Häufigkeitsverteilung ist der Zentralwert gewählt. Danach hatte der „Durchschnittswohngeldempfänger“ 1985 ein anrechenbares Familieneinkommen pro Monat von 775 DM. Deutlicher wird die Einkommenssituation durch den Hinweis, daß sich für 71 % der 94 504 Wohngeldbezieher nicht mehr als 1 000 DM, für 19 % nicht mehr als 500 DM und nur für 6 % mehr als 3 000 DM Einkommen errechnete. Abhängig von der Familiengröße variieren die Anteile. Fast alle der 48 398 Wohngeldbezieher in Einpersonenhaushalten lagen mit ihren Familieneinkommen unter der 1 000-DM-Grenze, die von 30 % der 15 641 Wohngeldempfänger in Zweipersonenhaushalten überschritten

Bereinigte Einnahmen je Monat und Haushalt und die Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger 1985 nach der Haushaltsgröße

Haushalte mit ... Familienmitgliedern	Bereinigte Einnahmen DM	Wohnkostenbelastung vor Gewährung des Wohngeldes in % von Sp. 1	Wohnkostenbelastung nach Gewährung des Wohngeldes in % von Sp. 1	Entlastungswirkung des Wohngeldes
1	899	32,5	22,0	10,5
2	1 227	32,5	22,5	10,0
3	1 575	31,6	21,7	9,8
4	2 360	26,4	19,9	6,5
5	2 812	25,3	18,8	6,5
6 und mehr	3 321	22,6	14,9	7,6
Insgesamt	1 404	29,5	20,7	8,8

wurde. Diese Quote betrug in Dreipersonenhaushalten 51 % und in Vier- und Mehrpersonenhaushalten 85 %.

Durchschnittlich verfügten die Wohngeldempfänger 1985 über 1 404 DM bereinigte Einnahmen, wovon Wohnkosten — wie bereits erwähnt — in Höhe von 414 DM zu tragen waren, was zu einer Belastung der bereinigten Einnahmen von 30 % führte. Durch die Gewährung von Wohngeld ging die durchschnittliche monatliche Wohnkostenbelastung der bereinigten Einnahmen auf 21 % zurück, so daß sich ein Entlastungsgrad von 9 Prozentpunkten einstellte. 1981 betrug die mittlere Wohnkostenbelastung 24 %, die durch das Wohngeld auf 16 % gedrückt werden konnte. Die durchschnittliche Belastungsquote nach Wohngeld von 21 % kennzeichnet nur für einen Teil der geförderten Haushalte die tatsächliche Wohnkostensituation. Nach Gewährung von Wohngeld ergab sich z. B. für 18 % der Wohngeldbezieher eine Belastungsquote zwischen 18 % und 22 %, für 43 % der Wohngeldempfänger lag sie unter 18 %, und für 39 % belief sie sich auf über 22 %.

Relativ stark belastet durch die Wohnkosten sind die bereinigten Einnahmen der kleinsten und kleinen Haushalte. Der Einpersonenhaushalt hatte 1985 eine Wohnkostenbelastung von 33 %, die sich durch Wohngeld um 11 Prozentpunkte auf 22 % reduzierte. Das entspricht auch der Belastungsquote der Zwei- und Dreipersonenhaushalte, während Haushalte mit vier und mehr Personen nach Gewährung von Wohngeld eine Wohnkostenbelastung von 19 % aufwiesen.

In allen Haushaltsgrößen ist die Belastungsquote, aber auch der Entlastungsgrad durch Wohngeld, im unteren

Einnahmereich am größten. Zum Beispiel errechneten sich für die Einpersonenhaushalte durchschnittlich 900 DM bereinigte Einnahmen pro Monat, wobei 6 % von ihnen nicht einmal mehr als 500 DM aufweisen konnten. Die Wohnkostenbelastung dieser Einkommensgruppe betrug 55 %, die sich durch Wohngeldgewährung um 31 Punkte auf 24 % reduzierte. Das sind aber immer noch 2 Prozentpunkte an Belastung mehr als die für alle Einpersonenhaushalte und vier Punkte mehr als die für die Gesamtheit der Wohngeldempfänger. Der Haushalt mit sechs und mehr Personen hatte im Durchschnitt bereinigte Einnahmen in Höhe von 3 321 DM. In dieser Haushaltsgröße gehören Haushalte mit weniger als 2 000 DM bereinigte Einnahmen zur unteren Einkommensgruppe, die 1985 immerhin 11 % der Haushalte dieser Größenordnung ausmachte. Für diese untere Einkommensgruppe errechnete sich eine Wohngeldkostenbelastung von 31 %, die durch Wohngeldleistung um 19 Punkte auf 12 % zurückging. Die Wohngeldgewährung an die untere Einkommensgruppe führte zu einer überproportionalen Entlastung, so daß nicht nur die Belastungsquote aller Haushalte mit sechs und mehr Personen um 3 Punkte, sondern

auch die für alle Wohngeldempfänger um sogar 9 Punkte unterschritten wurde.

Der Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu leben, erhöht offensichtlich die Bereitschaft, dafür eine höhere Wohnkostenbelastung in Kauf zu nehmen. Die 10 503 Empfänger von Lastenzuschuß wendeten ohne Wohngeldleistungen 32 % ihrer bereinigten Einnahme für die Kapitalbedienung auf, durch das Wohngeld ging die Belastungsquote auf 26 % zurück. Ohne Wohngeldleistungen betrug die Mietbelastung der 84 001 Bezieher von Mietzuschuß 29 %, nach Gewährung des Wohngeldes nur noch 20 %. Der Entlastungseffekt des Wohngeldes ist also bei den Wohngeldempfängern, die zur Miete wohnen, größer als bei den Lastenzuschußempfängern. Das liegt sicher an der relativ besseren Einkommenssituation der Wohnungseigentümer, von denen über die Hälfte (54 %) mindestens 2 000 DM bereinigte Einnahmen zur Verfügung hatten, während sich dieser Anteil bei den Mietzuschußempfängern auf nur 14 % belief. Die mittleren bereinigten Einnahmen der Mieter lagen 1985 um fast 1 000 DM unter denen der Lastenzuschußempfänger (2 252 DM).

Friedrich-Karl Wormeck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
 r = berichtigte Zahl
 s = geschätzte Zahl
 D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - = nichts vorhanden
 · = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 / = Zahlenwert nicht sicher genug
 X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 ... = Angabe fällt später an



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil VIII: Fragen 2 bis 4 des Wohnungsbogens mit Gebäudeangaben

Für die Wohnungs- und Städtebaupolitik ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum das wichtigste Ziel. Hierzu muß Grundlagenwissen über die regionalen Besonderheiten und über den Wohnungsbestand nach Gütekriterien vorhanden sein. Die Fragen 2 bis 4 liefern hierfür wichtige Angaben, gerade auch in Verknüpfung mit den anderen Fragen des Wohnungsbogens.

Die gesonderte Feststellung von Freizeitwohnungen (Wochenend- und Ferienwohnungen) in Frage 2 ist notwendig, da Freizeitwohnungen weder der Grundversorgung der Bevölkerung dienen noch dem allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen. Ein Verzicht auf ihre besondere Erfassung würde wegen ihrer regionalen Konzentration, ihrer besonderen Lage, Größe und Ausstattung Aussagen zum Wohnungsmarkt verfälschen. Darüber hinaus sind die Ergebnisse zu Frage 2 für spezielle Untersuchungen des Freizeitwohnens von großer Bedeutung, um z. B. in Fremdenverkehrsgebieten die Planung von Infrastrukturmaßnahmen sachgerecht vornehmen zu können. Mit der Frage 3 über die Wohndauer in einer Wohnung

sollen einerseits Aufschlüsse über die Wohnmobilität der Bevölkerung sowie andererseits Hinweise zur Flexibilität der örtlichen Wohnungsmärkte gewonnen werden. Die Gründe, eine andere Wohnung zu beziehen, können vielfältig sein. So ist die Frage nach der Wohndauer in Verbindung mit fast allen anderen Fragen des Wohnungsbogens und auch mit Angaben des Personenbogens zu sehen. Merkmale wie Alter, Haushaltsgröße und -zusammensetzung einerseits und Größe (Fragen 6 und 7), Ausstattung (Frage 4) und Kosten der Wohnung (Fragen 9 und 10) andererseits, können auf Ursachen für die Wohnmobilität hindeuten. Durch die Analyse der Erhebungsergebnisse, vor allem durch die Zusammenschau mehrerer Merkmale, läßt sich der künftige Wohnungsbedarf genauer prognostizieren, Wohnungsbauförderungsprogramme lassen sich gezielter aufstellen.

Frage 4 des Wohnungsbogens dient durch die Erfassung der Ausstattungsmerkmale (Küche, Kochnische, Bad/Dusche und WC) der Bestimmung des Wohnstandards. In Verbindung mit Frage 5 erhält man Hinweise darauf, ob genügend bedarfsgerechte Wohnungen gebaut wurden, oder wo eine besondere Förderung nötig ist. Obwohl Wohnungen heute überwiegend mit Bad/Dusche und WC gebaut werden, entsprechen viele ältere Wohnungen noch nicht dieser Qualität. Nicht nur der Neubau, sondern zunehmend die Modernisierung von Wohnungen gehören zu den wichtigsten Förderungsaufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Ausstattung einer Wohnung ist zudem ein bestimmendes Merkmal für die Miethöhe, und dies ist bei Untersuchungen der Mietpreise zu berücksichtigen. Die Unterscheidung zwischen Küche und Kochnische ist notwendig, um die statistische Raumzahl – die Küche zählt im Gegensatz zur Kochnische als Raum – ermitteln zu können.

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

- 2** Ist die Wohnung eine Freizeitwohnung? nein . .
 * ja . .
- 3** Wann ist der Haushalt in diese Wohnung eingezogen? vor 1970 . .
Bitte das Einzugsjahr für das am längsten hier wohnende Haushaltsmitglied angeben. 1970-1974 . .
1975-1979 . .
1980-1984 . .
1985 . .
1986 . .
1987 . .
- 4** Sind innerhalb der Wohnung Küche . .
Mehrfache Antworten möglich Kochnische . .
Bad/Dusche . .
WC . .

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
 Postfach 1141, 2300 Kiel 1**



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil IX: Frage 5 des Wohnungsbogens mit Gebäudeangaben

Umweltschutz und Energiepolitik benötigen dringend aktuelle Bezugsdaten, die Auskunft über die Beheizungsarten und die Art des verwendeten Brennstoffes geben. In den letzten Jahren muß sich, darauf deuten auch die Daten zu Baugenehmigungen und -fertigstellungen hin, die Bedeutung der verschiedenen Heizenergieträger für unseren Wohnungsbestand kräftig verschoben haben. Auch für das Mietenniveau ist die Wärmeversorgung als besonderes Ausstattungsmerkmal von Bedeutung. Frage 5 liefert hierfür die entsprechenden Rahmeninformationen.

Zu den energiesparenden Maßnahmen rechnen vor allem die Verminderung des Energieverbrauches bei zentralen Heizungsanlagen, der Anschluß zentraler Heizungsanlagen an die Fernwärmeversorgung sowie die Gewinnung von Energie durch Wärmepumpen und Solaranlagen. Der Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben liefert hierzu grundlegende Informationen für das mögliche Förderungspotential. Neben dem Ergebnis der Frage nach der Energieversorgung ergeben sich in Kombination mit den Antworten zu Größe (Frage 7), Ausstattung (Frage 4) und Baujahr des Gebäudes (Frage 3 der Gebäudeangaben) wesentliche Basisinformationen, um Kriterien für mögliche Förderungsmaßnahmen auswählen zu können.

Für regionale Energiekonzepte wie die Fernwärmeversorgung werden diese Daten in kleinräumlicher Gliederung benötigt. Gerade für die Investitionen vor Ort müssen Verwirklichung und Erfolgsaussichten entsprechender Projekte zutreffend beurteilt werden können. Durch die Ergebnisse der Frage nach Heizungsarten und verwendeter Brennstoffe bei der Gebäude- und Wohnungszählung lassen sich Informationen über das bestehende Energieversorgungs-niveau und -system bereitstellen.

Aufschlüsse über Umweltbelastung durch die privaten Haushalte lassen sich so auch gemeindetief gewinnen, und Energiebedarfsuntersuchungen können regional differenziert werden.

5 a) Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit

★ Fern-, Blockheizung · ·
 Zentralheizung · ·
 Etagenheizung · ·
 Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektrospeicher) · ·

b) Welcher Brennstoff, welche Wärmequelle wird verwendet?

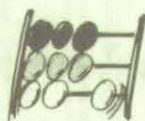
Gas · ·
 Heizöl · ·
 Strom · ·
 Kohle, Holz usw. · ·
 Fernwärme · ·
 Sonnenenergie, Wärmepumpe · ·

Mehrfache Antworten möglich

Der Gesetzgeber fördert die Modernisierung von Wohnungen sowie Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie. Um hier Schwerpunkte festzulegen und um finanzielle Mittel nicht nach dem Zufallsprinzip zu streuen, sondern gezielt und konzentriert einzusetzen, benötigen Bund, Länder und Gemeinden Basisdaten über Qualität und Zustand des Wohnungsbestandes sowie insbesondere über die Heizungssysteme.

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
 Postfach 1141, 2300 Kiel 1**



Die Fragen der Volkszählung '87

Teil X: Fragen 6 bis 10 des Wohnungsbogens mit Gebäudeangaben

Eine sachgerechte Wohnungsbaupolitik benötigt Angaben zur Qualität der Wohnraumversorgung. Ausgehend von der Raumzahl oder der Größe der Wohnungen (Fragen 6 und 7), läßt sich in Verbindung mit Angaben zum Personenbogen aufzeigen, wie die Wohnungen belegt sind und wieviel Fläche/Raum den Haushalten und ihren Personen durchschnittlich zur Verfügung stehen. Untervermietete und gewerblich genutzte Räume werden gesondert erfragt, weil sie nicht zum Wohnraum des Vermieters bzw. überhaupt nicht zum Wohnraum gehören. Bei der Beurteilung der Mietenhöhe einzelner Haushaltstypen ist die Miete je Quadratmeter Wohnfläche (Frage 7 und 9) eine notwendige Maßzahl.

Für wohnungspolitische Maßnahmen stehen Bund, Ländern und Gemeinden nur knappe Mittel zur Verfügung. Diese sollen auch deshalb ganz gezielt auf der Grundlage eines bestimmten Förderrahmens eingesetzt und nicht ziellos verteilt werden. Es liegen aber, was in der breiten Öffentlichkeit unbekannt ist, noch nicht einmal Zahlen über die bisher geförderten Wohnungen vor. Deshalb soll über Frage 8 eine Bestandsaufnahme für künftige staatliche Entscheidungen auf diesem Gebiet vorgenommen werden.

Die Höhe der Monatsmiete (Frage 9) ist wichtig für die Festlegung der Mietobergrenzen bei öffentlich geförderten Wohnungen und liefert Vergleichsdaten zur Mietenhöhe bei einzelnen Haushaltstypen. Informationen zur Miethöhe und ihre Verbindung zu Angaben über Ausstattung, Größe und Alter von Wohnungen liefern Grundlagen zur Einschätzung der Mietentwicklung auf den Mietwohnungsmärkten. Damit soll das Mietpreisgefüge im nicht preisgebundenen Wohnungsbestand transparent gemacht werden. Die Miethöhe dient zudem neben anderen Daten zur allgemeinen Beurteilung der Auswirkungen von Wohngeldzahlungen.

Bei der Auswertung der Mietangaben müssen Sonderfälle ausgegrenzt werden. Ermäßigte Mieten (zum Beispiel wegen finanzieller Vorleistung des Mieters in Form eines Mieterdarlehens) oder kostenlos abgegebene Wohnungen (Frage 10) setzen die Vergleichbarkeit ebenso herab wie Mieten, die für Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen gezahlt werden. Die Erhebung dieser Merkmale soll sicherstellen, daß nur objektiv vergleichbare Mietangaben zusammengefaßt und ausgewertet werden.

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER	6	Wie viele Räume der Wohnung haben mindestens 6 Quadratmeter? <i>(ohne Küche, Bad, WC, Flur)</i>	1 · · · 4 · · · 7 · · · 2 · · · 5 · · · 8 · · · 3 · · · 6 · · · 9 · · · oder mehr
	Falls davon Räume untervermietet oder gewerblich genutzt sind:		
	a)	Anzahl der untervermieteten Räume	1 · · · 2 · · · 3 · · · oder mehr
	b)	Anzahl der gewerblich genutzten Räume	1 · · · 2 · · · 3 · · · oder mehr
	7	Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung? <i>(einschließlich Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden und ähnliches sowie untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)</i>	volle Quadratmeter <input type="text"/>
	8	Ist die Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?	nein · · · ja · · ·
	9	Wie hoch ist die Monatsmiete? <i>Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausebeleuchtung, Schornsteinreinigung. Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete, Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.</i>	volle DM <input type="text"/>
	10	a) Handelt es sich um eine Dienst-, Werkwohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung?	nein · · · ja · · ·
		b) Ist die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos überlassen oder ist die Miete wegen finanzieller Vorleistungen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?	nein · · · ja · · ·
	FÜR HAUPTMIETER		

Weiteres Informationsmaterial können Sie anfordern beim

**Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein – Stichwort Volkszählung –
Postfach 1141, 2300 Kiel 1**

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

38. Jahrgang . Heft 12 . Dezember 1986

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

Diesmal zusätzlich
Erweiterte Kreiszahlen
(Einheitliches Programm
der Statistischen Landesämter)

		1984	1985	1985			1986				
				Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 615	2 614	2 616	2 615	2 615
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 254	1 967	1 352	1 107	1 367
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	5,8	8,9	6,3	5,0	6,2
*Lebendgeborene	Anzahl	1 913	1 925	2 013	2 050	1 952	2 231
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	8,8	9,1	9,5	8,8	10,1
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 565	2 611	2 417	2 487	2 478	2 482
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,8	12,0	10,9	11,6	11,2	11,2
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	18	16	23	13	10	16
* je 1 000 Lebendgeborene		9,4	8,3	11,4	6,3	5,1	7,2
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 652	- 686	- 404	- 437	- 526	- 251
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,0	- 3,1	- 1,8	- 2,0	- 2,4	- 1,1
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 582	5 461	6 376	5 568	6 770
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 164	4 746	4 970	6 247	5 975
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 418	+ 715	+ 1 406	- 679	+ 795
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 213	10 057	10 794	11 311	12 069
Wanderungsfälle	Anzahl	20 958	20 265	22 140	23 126	24 814
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	109	118	111	109	111	108	105	101	102	102
darunter *Männer	1 000	64	69	62	61	62	59	57	56	56	56
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	13,7	11,8	2,6	4,1	5,3	2,8	3,3	7,0	10,0	10,0
darunter Männer	1 000	12,0	10,3	2,1	3,3	4,4	2,4	2,9	5,8	8,4	8,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,7	2,9	2,8	2,6	2,6	4,6	4,7	4,6	4,1	4,1
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 627 ^a	1 592 ^a
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	545 ^a	526 ^a
*Schweine	1 000	1 767 ^a	1 743 ^a	1 840	.	.	.	1 768	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^a	193 ^a	194	.	.	.	190	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	130 ^a	129 ^a	131	.	.	.	131	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	45	39	59	81	41	43	71	82	82
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	240	232	221	238	247	218	212	236	246	246
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	3 ^c	2	2	3	2	2	2	3	3
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾ (ohne Geflügel)											
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,4	12,7	11,2	17,6	24,1	11,9	12,7	21,8	24,3	24,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	19,1	18,7	17,7	19,3	20,1	17,5	17,1	19,1	20,2	20,2
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	281	286	289	301	300	292	296	307	302	302
Kälber	kg	108	115	121	122	118	114	115	116	121	121
Schweine	kg	81	82	81	82	82	81	81	82	83	83
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	152	151
*für Legehennenküken	1 000	850	2
*für Masthühnerküken	1 000	832	274
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	832	274
*MILCHERZEUGUNG											
1 000 t	223	217	201	183	192	p 229	p 204	p 185	p 197	p 197	p 197
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	96	94	94	p 98	p 97	p 94	p 94	p 94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,1	13,3	12,1	11,4	11,5	p 14,0	p 12,5	p 11,7	p 12,1	p 12,1

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette,
 jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlach-
 tereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
 a) Dezember b) Winterhalbjahr 1984/85 = 5 c) Winterhalbjahr 1985/86 = 4

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
			Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	165	166	168	168	168	168	169	169	168
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	113	114	116	116	116	116	116	116	115
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 139	15 970	15 183	16 475	17 722	14 636	15 316	16 573	17 309
*Lohnsumme	Mill. DM	306,1	319,1	329,0	311,3	328,9	347,7	330,1	324,7	334,1
*Gehaltssumme	Mill. DM	207,1	216,4	208,9	206,9	205,3	226,8	219,7	217,3	216,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 647	1 733	1 482	1 780	1 841	1 419	1 702	1 712	2 159
aus dem Inland	Mill. DM	1 143	1 155	1 004	1 141	1 221	1 005	1 237	1 171	1 204
aus dem Ausland	Mill. DM	503	578	478	639	619	414	465	541	956
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 020	3 046	2 888	3 209	3 365	2 926	2 798	3 436	3 189
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 346	2 390	2 219	2 509	2 733	2 282	2 222	2 563	2 590
*Auslandsumsatz	Mill. DM	674	656	669	700	632	644	577	874	599
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	17
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	39,5	38,6
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	79	72
*Leichtes Heizöl	1 000 t	9	8
*Schweres Heizöl	1 000 t	70	63
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	236	240	222	233	256	228	238	247	266
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	24	25	24	23	26	24	25	20	33
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	103,6	104,7	96,8	108,9	109,8	87,6
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	47 249	41 345	43 265	43 141	42 388	41 545	42 056	41 973	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 156	4 231	5 224	5 448	5 758	5 142	5 156	5 510	...
darunter für	1 000	2 155	1 606	1 876	2 045	2 110	1 810	1 883	2 003	...
*Wohnungsbauten	1 000	1 119	946	1 159	1 147	1 209	1 134	1 063	1 062	...
*Gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 749	1 581	2 061	2 112	2 279	2 039	2 054	2 254	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 749	1 581	2 061	2 112	2 279	2 039	2 054	2 254	...
*Lohnsumme	Mill. DM	108,4	86,2	104,6	104,3	110,8	105,9	98,8	102,9	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,7	18,3	18,3	18,0	17,7	18,1	17,4	17,4	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	364,1	319,2	380,0	413,7	427,6	419,7	397,0	794,5 ^{a)}	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	209,2	196,4	184,0	244,1	205,6	218,2	216,6	264,4	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 083	7 486	7 709	7 774	7 551	7 085	7 222	7 367	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	970	880	909	944	992	850	852	949	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	20,1	18,5	19,3	18,9	19,1	19,4	18,0	18,7	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	59,2	55,1	53,4	55,6	65,0	52,8	50,2	61,3	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 842	1 732	1 598	1 738	1 899	1 517
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	861	891	754	821	891	749
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,8	97,7	.	101,0	.	.	.	101,0	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	135,0	130,9	.	140,9	.	.	.	144,7	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1

a) Durch Großauftrag beeinflusst 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul.	Aug.	Sept.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	503	459	463	438	450	627	503	688	566
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	385	384	401	360	384	543	457	624	502
*2 Wohnungen	Anzahl	73	51	46	55	43	72	33	49	49
*Rauminhalt	1 000 m ³	458	346	314	323	313	422	320	494	389
*Wohnfläche	1 000 m ²	83	63	58	62	59	75	58	90	73
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	122	114	138	134	135	119	89	131	131
*Rauminhalt	1 000 m ³	408	424	438	359	456	455	316	554	588
*Nutzfläche	1 000 m ²	71	72	73	63	74	75	56	76	90
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 075	786	648	775	756	818	601	1 044	997
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	840,1	836,1	760,5	831,1	829,1	700,1	764,0	790,1	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,6	129,8	104,5	135,7	156,0	128,2	128,3	122,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	710,5	706,3	656,1	695,4	673,2	571,8	635,6	667,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	18,4	17,3	8,9	16,9	20,5	12,3	11,6	12,6	...
*Halbwaren	Mill. DM	71,0	69,0	63,5	66,0	57,3	37,5	39,3	45,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	621,1	620,0	583,6	612,5	595,4	522,0	584,7	609,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	85,4	94,9	82,9	92,3	91,5	76,0	81,8	86,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	535,7	525,2	500,7	520,2	503,9	446,0	502,9	523,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	346,5	386,5	309,2	434,5	431,4	353,0	383,7	386,0	...
darunter Niederlande	Mill. DM	70,8	87,5	63,9	105,5	106,2	63,6	86,0	68,5	...
Dänemark	Mill. DM	73,6	78,2	76,5	82,8	85,7	62,2	66,3	75,1	...
Frankreich	Mill. DM	62,6	68,9	48,3	79,3	68,0	59,2	64,5	67,8	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	55,7	60,8	44,5	69,5	75,2	61,1	61,0	59,3	...
*EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	109,9	111,5	114,4	103,9	112,6	r 119,1	r 112,7	109,6	...
*GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1980 = 100	106,5	107,5	157,6	120,9	101,0	r 152,1	r 162,0	126,7	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	236	245	436	324	248	p 477	p 441	p 337	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	23	27	43	31	25	p 74	p 47	p 30	...
*Übernachtungen	1 000	1 361	1 360	3 274	1 819	1 054	p 3 266	p 3 402	p 1 953	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	49	79	57	53	p 126	p 85	p 57	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	1 263	1 319	1 423	1 469
Güterversand	1 000 t	669	739	802	729	812
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	140	128	138	144	142	122	105	137	154
*Güterversand	1 000 t	153	142	187	159	168	196	188	162	170
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 855	8 604	7 050	7 645	9 266	10 023	8 493
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	342	261	164	87	49	253	107
*Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	7 894	7 732	6 290	6 955	8 606	9 090	7 827
STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 472	1 356	1 688	1 628	1 419	1 719	1 850	p 1 550	p 1 567
*Getötete Personen	Anzahl	37	31	39	32	33	20	42	p 30	p 27
*Verletzte Personen	Anzahl	1 876	1 726	2 148	2 000	1 825	2 264	2 376	p 1 933	p 2 019

*1) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1984	1985	1985			1986			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Aug.	Sept.	Okt.	Julia	Aug. ^a	
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	68 298	70 876	69 093	69 883	70 172	73 084	72 902	73 178	...
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	66 472	69 135	67 388	68 176	68 456	71 556	71 352	71 684	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 729	9 817	9 698	10 004	9 972	10 178	9 884	9 897	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 466	9 594	9 538	9 845	9 722	9 816	9 632	9 688	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	264	223	160	158	250	362	253	208	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 961	6 082	6 213	6 103	6 057	5 603	5 565	5 570	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 190	4 587	4 734	4 673	4 653	4 378	4 371	4 274	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 770	1 495	1 480	1 431	1 404	1 169	1 194	1 296	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 782	53 236	51 476	52 069	52 427	55 830	55 902	56 217	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	37 401	39 954	38 805	39 088	39 410	41 997	42 143	42 450	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 381	13 282	12 671	12 982	13 017	13 833	13 759	13 767	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	42 502	45 182	43 765	43 726	44 222	47 916	48 628	48 666	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	26 271	28 203	27 613	27 517	27 970	29 866	30 453	30 447	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 983	21 686	21 065	21 124	21 444	23 257	23 722	23 820	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 288	6 518	6 547	6 393	6 526	6 609	6 731	6 627	...
*Spareinlagen	Mill. DM	16 231	16 978	16 152	16 209	16 252	18 050	18 175	18 218	...
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 174	12 894	12 363	12 389	12 423	13 153	13 225
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	1 039	990	825	990	1 138	895	842	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	946	980	879	768	947	1 124	770	799	...
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	64	73	82	104	53	52	73	95	63
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	352	330	306	274	302	316	280	312	...
*Wechselsumme	Mill. DM	2,5	2,6	2,2	2,0	1,8	1,7	1,8	2,7	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		3.Vj.85				3.Vj.86	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 311,3	2 408,5	.	2 325,6	.	.	.	2 671,9	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 644,7	1 748,4	.	1 694,6	.	.	.	1 961,9	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 210,6	1 296,5	.	1 294,3	.	.	.	1 332,4	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	231,4	244,6	.	240,7	.	.	.	348,2	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	22,1	26,8	.	36,2	.	.	.	33,7	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,6	180,5	.	123,4	.	.	.	247,5	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	666,5	660,1	.	631,0	.	.	.	710,0	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	396,2	366,4	.	351,4	.	.	.	430,0	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	270,3	293,7	.	279,6	.	.	.	280,0	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	130,8	.	105,9	.	.	.	104,5	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	0,0	.	.	.	0,0	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,4	116,6	.	97,4	.	.	.	94,9	.
*Landessteuern	Mill. DM	164,7	165,9	.	163,4	.	.	.	185,6	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,6	26,3	.	25,3	.	.	.	26,2	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	71,9	76,1	.	75,0	.	.	.	93,6	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,2	6,4	.	7,5	.	.	.	8,7	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,5	274,9	.	291,1	.	.	.	327,6	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,5	7,7	.	8,0	.	.	.	8,0	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	61,0	63,7	.	79,4	.	.	.	82,0	.
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	189,8	194,0	.	193,3	.	.	.	226,2	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 211,5	1 247,5	.	1 179,0	.	.	.	1 341,5	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	628,8	667,9	.	643,3	.	.	.	760,2	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	436,6	432,4	.	413,3	.	.	.	461,6	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	16,6	.	.	.	15,2	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 347,9	1 438,8	.	1 428,1	.	.	.	1 631,3	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	776,5	824,7	.	793,7	.	.	.	921,3	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	391,4	431,8	.	454,4	.	.	.	509,3	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	15,3	16,4	.	16,6	.	.	.	15,2	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	473,7	487,6	.	472,7	.	.	.	518,6	.
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,3	161,2	.	160,2	.	.	.	195,8	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	236,7	245,5	.	214,7	.	.	.	221,5	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1984	1985	1985			1986				
			Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	122,8	124,6	122,4	123,0	119,6	96,6	95,9	96,6	...	
Ausfuhrpreise	116,2	119,4	119,6	119,5	119,0	116,6	116,2	116,1	...	
Grundstoffpreise ⁶⁾	121,2	122,1	120,9	121,3	118,8	101,6	100,7	101,3	...	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	119,2	121,8	121,9	122,1	121,1	117,7	117,5	117,5	...	
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	106,9	103,1	102,7	102,7	101,4	99,0	p 97,7	p 98,6	...	
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,0	114,5	114,8	.	.	.	116,7	.	.	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	116,1	115,2	114,4	114,1	113,5	107,2	p 106,4	p 105,9	...	
Einzelhandelspreise	115,6	117,5	117,0	117,3	117,3	117,2	116,9	116,9	116,7	
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	118,4	121,0	120,7	120,9	121,1	120,5	120,2	120,4	120,0	
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,0	116,9	116,0	116,2	115,9	118,4	117,2	117,0	116,7	
Bekleidung, Schuhe	115,7	118,4	118,3	118,8	119,1	120,6	120,7	121,0	121,2	
Wohnungsmieten	120,0	123,9	124,3	124,5	124,7	126,6	126,8	126,9	127,0	
Energie (ohne Kraftstoffe)	128,8	133,4	131,8	134,3	133,4	112,0	113,1	112,4	108,4	
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	115,9	117,7	118,0	118,1	118,2	119,1	119,2	119,3	119,4	

LÖHNE UND GEHÄLTER

- Effektivverdienste in DM -

ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU

Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	686	699	.	.	712	725	
darunter *Facharbeiter	713	729	.	.	745	759	
*weibliche Arbeiter	467	481	.	.	485	503	
darunter *Hilfsarbeiter	446	460	.	.	463	478	
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,69	17,07	.	.	17,26	17,59	
darunter *Facharbeiter	17,45	17,88	.	.	18,10	18,44	
*weibliche Arbeiter	11,72	12,17	.	.	12,26	12,68	
darunter *Hilfsarbeiter	11,23	11,70	.	.	11,73	12,08	
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	41,0	40,8	.	.	41,2	41,2	
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,8	39,5	.	.	39,6	39,6	
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 981	4 123	.	.	4 152	4 282	
*weiblich	2 749	2 842	.	.	2 863	2 931	
Technische Angestellte										
*männlich	4 114	4 263	.	.	4 305	4 397	
*weiblich	2 692	2 772	.	.	2 795	2 850	
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 265	3 374	.	.	3 389	3 424	
*weiblich	2 217	2 305	.	.	2 318	2 347	
Technische Angestellte										
männlich	3 255	3 397	.	.	3 423	3 464	
weiblich	(2 178)	2 161	.	.	2 184	2 237	
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 492	3 610	.	.	3 630	3 700	
weiblich	2 363	2 456	.	.	2 470	2 512	
Technische Angestellte										
männlich	4 042	4 186	.	.	4 225	4 331	
weiblich	2 654	2 725	.	.	2 745	2 803	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

a) Siehe Fußnote 2

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465	
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459	
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466	
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	
1985	- 8	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ³⁾					
	Schüler im September ²⁾ in				von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1980		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	MITL. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	MITL. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	54 947	3,2	52 975	- 0,5	95
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	56 714	3,2	52 554	- 0,8	95
1983	179	74	80	2	11	38	33	18	59 006	4,0	53 074	1,0	94
1984	167	68	76	2	10	38	33	19	62 276	5,5	54 973	3,6	95
1985	158	62	73	2	63 548	2,0	55 140	0,3	93

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
1981	1 544	525									
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^{a)}	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	525	1 743	(2 995) ^{a)}	.	.	2 600	4 853	2 240	178	776

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
1981	180	125	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 476	523	287	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42

1) Ergebnisse der 1 %-Mikrozensus-erhebungen

2) 1984: November

3) 1983 bis 1985 vorläufiges Ergebnis der Revision 1985

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1986			Bevölkerungsveränderung im Juni 1986			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1986 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)						
		in %							
FLensburg	86 320	- 0,2	- 0,7	- 24	- 145	- 169	43	-	44
KIEL	244 667	- 0,1	- 0,3	- 81	- 91	- 172	172	3	213
LÜBECK	209 783	+ 0,0	- 0,6	- 58	73	15	155	2	175
NEUMÜNSTER	77 954	- 0,0	- 0,7	- 27	17	- 10	60	-	70
Dithmarschen	129 026	- 0,1	- 0,6	- 15	- 56	- 71	66	6	84
Hzgt. Lauenburg	157 904	+ 0,0	+ 0,0	- 9	18	9	87	1	110
Nordfriesland	161 139	- 0,2	- 0,7	- 38	- 305	- 343	89	1	126
Ostholstein	195 543	+ 0,1	- 0,1	- 39	253	214	94	2	125
Pinneberg	260 983	+ 0,1	+ 0,5	- 19	230	211	151	2	185
Plön	117 913	- 0,0	+ 0,0	- 35	8	- 27	65	1	87
Rendsburg-Eckernförde	247 515	+ 0,0	+ 0,1	- 11	68	57	140	2	191
Schleswig-Flensburg	182 961	+ 0,0	+ 0,0	- 21	39	18	89	2	140
Segeberg	216 989	+ 0,1	+ 0,8	7	136	143	185	2	245
Steinburg	127 634	- 0,0	- 0,0	- 26	6	- 20	66	1	81
Stormarn	196 344	- 0,1	+ 0,3	- 44	- 59	- 103	105	2	143
Schleswig-Holstein	2 612 675	- 0,0	- 0,0	- 440	192	- 248	1 567	27	2 019

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1986		
	Betriebe am 31. 10. 1986	Beschäftigte am 31. 10. 1986	Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1986 MITT. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	68	8 655	184	35 796	32 072	372
KIEL	126	23 219	301	100 244	89 995	368
LÜBECK	136	21 845	306	85 107	76 389	364
NEUMÜNSTER	70	10 152	122	35 928	32 021	411
Dithmarschen	75	6 400	251	70 631	57 137	443
Hzgt. Lauenburg	94	8 019	103	80 067	69 359	439
Nordfriesland	56	2 956	83	82 835	67 253	417
Ostholstein	78	6 014	119	91 417	78 586	402
Pinneberg	185	20 579	367	130 262	113 845	436
Plön	47	2 722	44	60 100	50 770	431
Rendsburg-Eckernförde	122	10 092	178	126 947	106 658	431
Schleswig-Flensburg	84	5 169	150	95 989	78 205	427
Segeberg	161	16 228	342	123 445	106 371	490
Steinburg	84	9 289	201	66 132	54 306	425
Stormarn	149	17 126	437	105 918	93 568	477
Schleswig-Holstein	1 535	168 465	3 189	1 290 818	1 106 535	424

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1986 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1985			Eheschließungen 1985		Lebendgeborene 1985		Gestorbene (ohne Totgeborene) 1985	
	insgesamt	männlich	Einwohner je km²	Anzahl	Je 1 000 Einw.	Anzahl	Je 1 000 Einw.	Anzahl	Je 1 000 Einw.
FLensburg	86 779	41 581	1 540	546	6,3	804	9,2	1 226	14,1
KIEL	245 682	116 998	2 222	1 345	5,5	2 035	8,3	3 251	13,2
LÜBECK	210 318	97 562	982	1 412	6,7	1 777	8,4	3 121	14,8
NEUMÜNSTER	78 280	36 956	1 094	525	6,7	735	9,4	973	12,4
Dithmarschen	129 414	61 827	92	740	5,7	1 230	9,5	1 799	13,9
Hzgt. Lauenburg	157 954	77 191	125	880	5,6	1 378	8,7	1 883	11,9
Nordfriesland	161 646	79 137	79	1 042	6,4	1 421	8,8	1 773	10,9
Ostholstein	195 432	92 755	141	1 044	5,3	1 521	7,8	2 338	12,0
Pinneberg	260 375	125 625	393	1 477	5,7	2 308	8,9	2 717	10,5
Plön	117 848	58 571	109	681	5,8	1 007	8,5	1 348	11,4
Rendsburg-Eckernförde	247 494	121 696	113	1 330	5,4	2 214	8,9	2 849	11,5
Schleswig-Flensburg	182 874	92 270	88	1 016	5,6	1 794	9,8	1 952	10,7
Segeberg	216 204	105 606	161	1 206	5,6	2 007	9,3	2 196	10,2
Steinburg	127 315	61 621	121	732	5,7	1 220	9,6	1 674	13,1
Stormarn	196 536	95 121	256	1 066	5,4	1 648	8,4	2 230	11,4
Schleswig-Holstein	2 614 151	1 264 517	166	15 042	5,8	23 099	8,8	31 330	12,0

KREISFREIE STADT Kreis	Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbene (-)	über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31. 12. 1985		Zahnärzte am 31. 12. 1985
		Zugezogene 1985	Fortgezogene 1985		insgesamt ¹⁾	darunter in freier Praxis	
FLensburg	- 422	6 199	5 871	+ 328	293	154	60
KIEL	- 1 216	15 329	14 182	+ 1 147	1 183	366	251
LÜBECK	- 1 344	9 398	9 443	- 45	966	330	145
NEUMÜNSTER	+ 238	3 200	3 425	- 225	235	100	56
Dithmarschen	- 569	8 921	9 098	- 177	227	132	61
Hzgt. Lauenburg	- 505	10 282	9 758	+ 524	262	140	84
Nordfriesland	- 352	13 480	13 230	+ 250	344	177	68
Ostholstein	- 817	14 154	13 113	+ 1 041	443	214	114
Pinneberg	- 409	18 898	17 447	+ 1 451	483	287	157
Plön	- 341	10 966	10 607	+ 359	266	144	60
Rendsburg-Eckernförde	- 635	19 204	18 916	+ 288	475	233	147
Schleswig-Flensburg	- 158	14 685	14 284	+ 401	275	155	88
Segeberg	- 189	16 340	15 152	+ 1 188	413	189	108
Steinburg	- 454	10 230	10 204	+ 26	266	120	55
Stormarn	- 582	14 940	12 910	+ 2 030	333	196	107
Schleswig-Holstein	- 8 231	186 226	177 640	+ 8 586	6 464	2 937	1 561

1) ohne Landespolizei und Bundesgrenzschutz

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am 30. 6. 1985

KREISFREIE STADT Kreis	insgesamt				darunter im Wirtschaftsbereich					
			darunter Ausländer		Produzierendes Gewerbe 1)		Handel und Verkehr		übrige Dienstleistungen	
	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich	zusammen	männlich
	*	*	*	*	*	*	*	*	*	*
FLensburg	36 264	19 832	1 512	876	11 605	8 890	9 333	4 921	15 213	5 951
KIEL	103 758	58 612	3 434	2 208	33 187	26 140	21 129	10 828	49 251	21 510
LÜBECK	77 674	43 432	3 590	2 236	31 557	23 288	17 652	9 024	27 958	10 757
NEUMÜNSTER	28 754	16 637	1 006	785	12 859	9 663	6 794	3 573	8 959	3 312
Dithmarschen	32 188	19 781	369	249	13 884	11 293	5 785	2 784	11 142	4 552
Hzgt. Lauenburg	31 082	17 709	1 163	798	14 452	11 000	4 050	1 694	11 459	4 102
Nordfriesland	42 237	24 054	700	409	10 823	8 649	8 451	4 136	21 377	9 960
Ostholstein	44 565	23 245	936	619	13 781	10 195	8 398	3 792	20 657	7 938
Pinneberg	66 600	38 726	4 286	2 875	31 003	22 691	14 621	7 744	17 518	5 879
Plön	18 757	10 236	318	210	6 508	5 095	3 292	1 610	7 584	2 514
Rendsburg-Eckernförde	55 353	33 538	1 324	1 094	22 514	18 050	10 021	5 163	20 250	8 310
Schleswig-Flensburg	35 668	20 501	429	228	12 542	9 646	5 786	2 786	15 086	6 191
Segeberg	56 038	31 647	2 660	1 793	24 827	17 937	13 898	7 200	15 805	5 372
Steinburg	32 879	19 727	745	490	15 246	12 131	5 719	2 840	10 755	3 847
Stormarn	48 855	28 471	2 726	1 953	24 470	18 222	10 171	4 924	13 079	4 467
Schleswig-Holstein	710 672	406 148	25 198	16 823	279 258	212 890	145 100	73 019	266 093	104 662

Wohnungsbestand
am 31. 12. 1985

Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1986

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand			Kraftfahrzeugbestand			
	Wohngebäude	Wohnungen	insgesamt	darunter			Personen- kraftwagen 2) je 1 000 Einwohner
	*	*	*	Personen- kraft- wagen 2)	Last- kraft- wagen	Zug- maschinen 3)	
FLensburg	13 042	44 735	35 796	32 072	1 775	262	372
KIEL	29 947	118 810	100 244	89 995	4 370	646	368
LÜBECK	36 299	105 839	85 107	76 389	4 118	941	364
NEUMÜNSTER	15 665	38 326	35 928	32 021	1 959	472	411
Dithmarschen	40 184	59 139	70 631	57 137	2 773	7 750	443
Hzgt. Lauenburg	37 874	69 545	80 067	69 359	2 699	4 660	439
Nordfriesland	47 713	80 625	82 835	67 253	3 336	8 479	417
Ostholstein	45 586	92 824	91 417	78 586	3 502	5 386	402
Pinneberg	55 866	115 364	130 262	113 845	5 985	4 777	436
Plön	29 338	50 425	60 100	50 770	2 050	4 390	431
Rendsburg-Eckernförde	59 994	103 992	126 947	106 658	4 856	10 084	431
Schleswig-Flensburg	46 569	73 275	95 989	78 205	3 531	10 018	427
Segeberg	48 371	87 195	123 445	106 371	5 220	6 362	490
Steinburg	33 450	57 424	66 132	54 306	2 896	5 823	425
Stormarn	44 175	83 206	105 918	93 568	4 289	3 534	477
Schleswig-Holstein	584 073	1 180 724	1 290 818	1 106 535	53 359	73 584	424

1) einschließlich ohne Angabe eines bestimmten Wirtschaftsbereiches

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) zulassungspflichtige

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1985			Empfänger ¹⁾ von Sozialhilfe 1985			
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	im Laufe des Jahres	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31. Dezember 1985	
	1 000 DM					insgesamt	je 1 000 Einwohner
FLensburg	31 197	21 792	52 989	610	5 335	3 815	44
KIEL	73 890	65 772	139 662	569	15 529	9 427	38
LÜBECK	74 277	71 424	145 701	691	16 920	11 265	54
NEUMÜNSTER	22 778	20 445	43 223	550	4 258	2 441	31
Dithmarschen	11 053	21 929	32 982	254	4 893	2 526	20
Hzgt. Lauenburg	14 838	29 229	44 067	279	6 630	3 121	20
Nordfriesland	14 673	23 248	37 922	234	5 325	2 881	18
Ostholstein	23 696	27 892	51 588	264	7 459	4 459	23
Pinneberg	28 579	44 791	73 371	282	9 598	5 034	19
Plön	9 352	17 076	26 428	223	4 287	2 050	17
Rendsburg-Eckernförde	25 262	41 025	66 287	268	9 521	4 721	19
Schleswig-Flensburg	17 149	30 640	47 789	261	7 730	4 087	22
Segeberg	19 350	30 999	50 348	234	8 799	4 872	23
Steinburg	13 124	28 932	42 056	330	6 345	3 869	30
Stormarn	12 442	27 979	40 421	206	5 985	2 839	14
Landesbehörden	-	110 256	110 256	42	98	-	-
Schleswig-Holstein	391 661	613 429	1 005 089	384	118 712	67 407	26

Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1985²⁾

Gemeinden

KREISFREIE STADT Kreis	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
	1 000 DM	DM je Einwohner ³⁾			Aufkommen	Gewerbesteuerumlage	Einnahmen	
	1 000 DM		1 000 DM					
FLensburg	73 175	842	43	10 804	33 079	5 059	28 020	33 505
KIEL	219 665	896	118	29 711	107 509	16 335	91 174	96 655
LÜBECK	194 827	923	273	29 074	97 431	13 789	83 642	80 236
NEUMÜNSTER	63 027	803	82	10 375	25 723	3 182	22 541	29 273
Dithmarschen	76 891	592	2 945	10 129	30 024	5 404	24 620	38 289
Hzgt. Lauenburg	106 360	674	2 092	13 629	34 262	6 207	28 055	61 030
Nordfriesland	95 811	591	3 934	16 415	29 578	5 583	23 995	43 971
Ostholstein	122 627	626	3 335	19 416	39 183	5 648	33 535	59 932
Pinneberg	243 992	939	1 973	26 169	100 734	19 400	81 334	128 414
Plön	69 273	588	2 242	10 148	16 076	2 738	13 338	42 144
Rendsburg-Eckernförde	148 982	602	3 781	18 853	48 475	9 256	39 219	85 062
Schleswig-Flensburg	90 293	494	4 189	12 270	25 585	4 570	21 015	51 436
Segeberg	176 571	820	2 265	19 018	72 800	12 157	60 643	92 051
Steinburg	95 906	751	1 997	11 514	46 836	9 865	36 971	44 293
Stormarn	173 003	884	1 331	17 149	68 582	11 981	56 601	95 863
Schleswig-Holstein	1 950 407	746	30 600	254 676	775 878	131 173	644 705	982 155

1) ohne Nichtsebhafte und ohne solche, die nur einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen 2) kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik 3) Bevölkerungsstand 30. 6. 1985

NOCH: ERWEITERTE KREISZAHLEN

*Ausführliches Programm, das von allen Statistischen Landesämtern mindestens einmal im Jahr, in dieser Zeitschrift im Mai und November mit den jeweils neuesten Zahlen veröffentlicht wird.

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände														
KREISFREIE STADT	Realsteueraufbringungskraft 1985 ¹⁾								Baumaßnahmen 1985					
	insgesamt				aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				Steuer-einnahmekraft ²⁾ der Gemeinden 1985		Gemeinden und Gemeindeverbände		kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)	1 000 DM	DM je Einw.3)		
FLENSBURG	38 601	444	30 161	347	67 962	782	18 330	211	-	-				
KIEL	116 890	477	95 222	388	200 118	816	40 749	166	-	-				
LÜBECK	107 312	509	85 081	403	175 464	832	43 279	205	-	-				
NEUMÜNSTER	30 928	394	22 784	290	57 179	729	32 955	420	-	-				
Dithmarschen	47 419	365	32 656	252	81 261	626	50 814	391	42 869	330				
Hzgt. Lauenburg	53 086	336	36 091	229	109 664	695	80 557	510	75 697	480				
Nordfriesland	51 762	319	30 544	188	91 876	566	64 302	396	59 331	366				
Ostholstein	63 371	324	40 208	205	118 189	604	74 846	382	59 379	303				
Pinneberg	139 161	536	106 736	411	253 137	975	68 747	265	63 706	245				
Plön	29 436	250	16 510	140	69 967	593	44 758	380	32 128	272				
Rendsburg-Eckernförde	76 143	308	51 630	209	154 798	626	99 511	402	83 624	338				
Schleswig-Flensburg	44 125	241	26 576	145	92 502	506	83 808	458	63 570	348				
Segeberg	103 139	479	77 843	362	184 687	858	80 162	372	70 459	327				
Steinburg	65 451	513	51 111	400	102 363	802	53 264	417	46 242	362				
Stormarn	94 010	480	72 529	371	180 340	922	81 906	419	62 812	321				
Schleswig-Holstein	1 060 835	406	775 681	297	1 939 507	742	917 984	351	659 821	331				

Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände										
KREISFREIE STADT	Schulden am 31. 12. 1985 (ohne Kassenkredite)				hauptberuflich vollbeschäftigtes Personal am 30. 6. 1985					
	Gemeinden und Gemeindeverbände		Gemeinden und Ämter		Gemeinden und Gemeindeverbände			Gemeinden und Ämter		
	1 000 DM	DM je Einw.	1 000 DM	DM je Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw. 4)	Anzahl	je 10 000 Einw. 4)		
FLENSBURG	112 283	1 291	112 283	1 291	1 505	173	1 505	173		
KIEL	417 348	1 702	417 348	1 702	4 604	187	4 604	187		
LÜBECK	462 257	2 191	462 257	2 191	4 036	192	4 036	192		
NEUMÜNSTER	273 436	3 484	273 436	3 484	1 175	150	1 175	150		
Dithmarschen	96 896	746	74 186	571	1 352	104	897	69		
Hzgt. Lauenburg	117 189	742	103 132	653	1 332	84	935	59		
Nordfriesland	178 922	1 103	136 577	842	1 830	113	1 068	66		
Ostholstein	184 532	943	177 080	905	1 751	90	1 209	62		
Pinneberg	209 514	807	179 825	692	2 394	92	1 681	65		
Plön	152 276	1 292	139 271	1 181	956	81	605	51		
Rendsburg-Eckernförde	152 715	617	141 955	574	1 983	80	1 314	53		
Schleswig-Flensburg	150 539	823	98 623	539	1 348	74	872	48		
Segeberg	162 877	757	158 766	738	1 725	80	1 298	60		
Steinburg	117 065	917	94 698	742	1 262	99	798	63		
Stormarn	172 131	880	126 638	647	1 585	81	1 066	54		
Schleswig-Holstein	2 959 980	1 132	2 696 075	1 032	28 838	110	23 063	88		

1) Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert
 2) Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
 3) Bevölkerungsstand 30. 6. 1985
 4) Bevölkerungsstand 31. 12. des Vorjahres

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

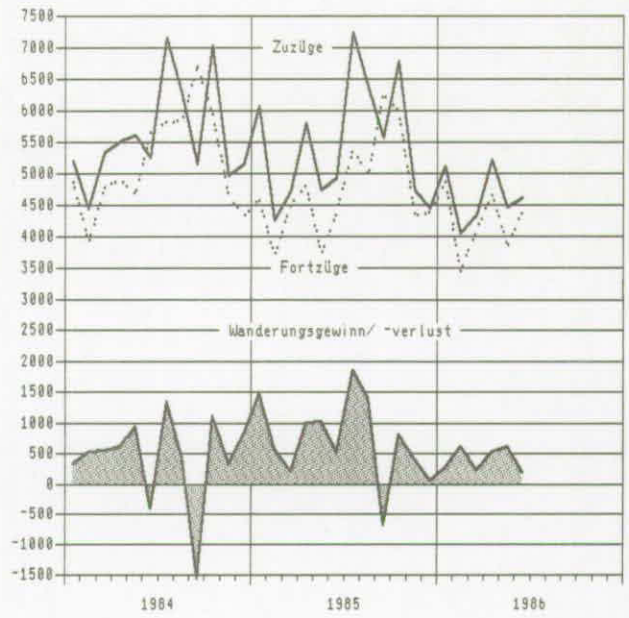
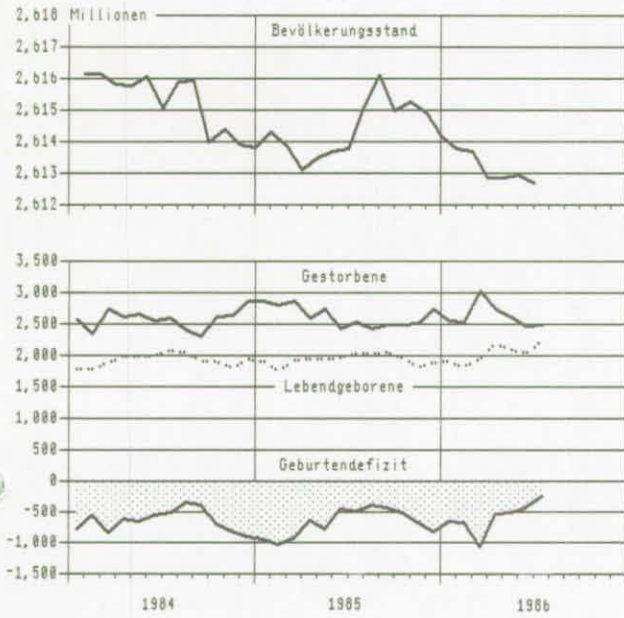
Land	Bevölkerung am 31. 3. 1986			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 9. 1986	Kurzarbeiter Monatsmitte September 1986	offene Stellen am 30. 9. 1986	Schweine insgesamt am 3. 4. 1986	Rindvieh am 3. 6. 1986	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,8	+ 4,8	- 0,0	101	7,0	4,6	1 779	1 594	490
Hamburg	1 577,0	- 12,1	- 0,7	92	3,3	5,2	8	14	3
Niedersachsen	7 193,2	+ 1,6	- 0,2	293	8,1	17,7	7 568	3 483	1 099
Bremen	658,0	- 8,9	- 0,9	40	4,5	1,9	8	23	5
Nordrhein-Westfalen	16 663,5	- 1,5	- 0,2	699	108,1	36,6	6 551	2 075	608
Hessen	5 528,9	+ 2,7	- 0,0	143	5,2	15,1	1 273	882	281
Rheinland-Pfalz	3 611,4	- 0,9	- 0,2	105	8,4	7,7	685	639	221
Baden-Württemberg	9 277,9	+ 4,3	+ 0,4	185	11,9	35,5	2 439	1 815	664
Bayern	10 977,8	+ 4,8	+ 0,2	257	15,4	32,3	4 545	5 210	2 025
Saarland	1 044,4	- 6,7	- 0,5	50	5,4	2,2	47	71	24
Berlin (West)	1 861,8	- 12,3	+ 0,8	80	2,5	6,5	3	1	0
Bundesgebiet	61 006,8	+ 0,6	- 0,0	2 046	179,8	165,3	24 906	15 806	5 419

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im Juli 1986	
	Beschäftigte am 31. 8. 1986 in 1 000	Umsatz ²⁾ im August 1986		Beschäftigte am 31. 7. 1986 in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %				
Schleswig-Holstein	169	2 798	21	40	15	818	3,1
Hamburg	140	5 075	13	23	15	234	1,5
Niedersachsen	657	11 180	31	111	15	2 431	3,4
Bremen	76	1 516	32	10	15	168	2,6
Nordrhein-Westfalen	1 977	29 026	27	226	14	4 084	2,5
Hessen	634	8 311	28	89	16	1 688	3,1
Rheinland-Pfalz	372	6 286	33	62	17	1 653	4,6
Baden-Württemberg	1 437	18 636	31	176	19	4 495	4,8
Bayern	1 354	16 292	30	236	22	5 685	5,2
Saarland	141	2 032	29	16	15	285	2,7
Berlin (West)	165	3 652	11	33	18	363	1,9
Bundesgebiet	7 122	104 803	28	1 022	17	21 904	3,6

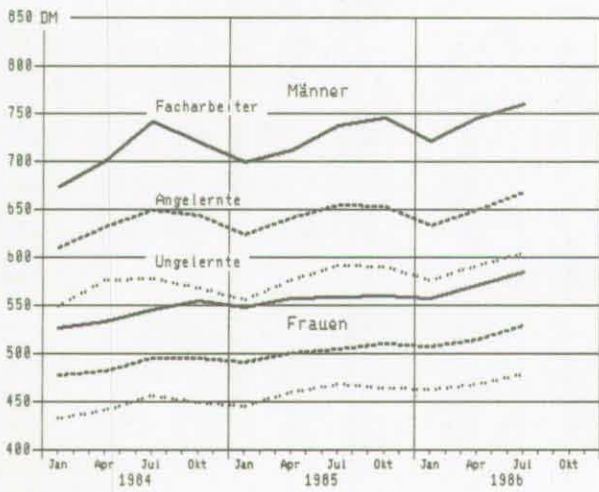
Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1986			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im August 1986				Bestand an Spar- einlagen 7) am 31. 8. 1986 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	im 2. Vierteljahr 1986 in DM je Einwohner										
Schleswig-Holstein	1 291	1 107	424	1 850	42	2 376	131	6 956	551	456	...
Hamburg	672	605	...	1 040	13	1 329	129	10 275	911	3 940	...
Niedersachsen	3 649	3 103	...	4 137	104	5 427	134	8 685	538	482	...
Bremen	209	259	...	379	5	420	112	9 666	605	1 228	...
Nordrhein-Westfalen	8 049	7 185	...	6 728	143	8 568	129	9 495	625	985	...
Hessen	3 011	2 615	...	3 221	80	4 152	131	10 599	667	851	...
Rheinland-Pfalz	2 001	1 688	...	2 116	76	2 835	138	10 007	546	543	...
Baden-Württemberg	5 018	4 262	...	4 470	117	6 040	138	11 051	689	862	...
Bayern	6 005	4 910	...	5 979	210	8 125	139	11 253	634	667	...
Saarland	532	475	...	522	15	671	131	9 117	547	595	...
Berlin (West)	747	656	...	1 092	13	1 319	122	8 766	514	1 793	...
Bundesgebiet	31 262 ^{a)}	26 865 ^{a)}	...	31 760	831	41 518	133	9 968	624	886	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
 7) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

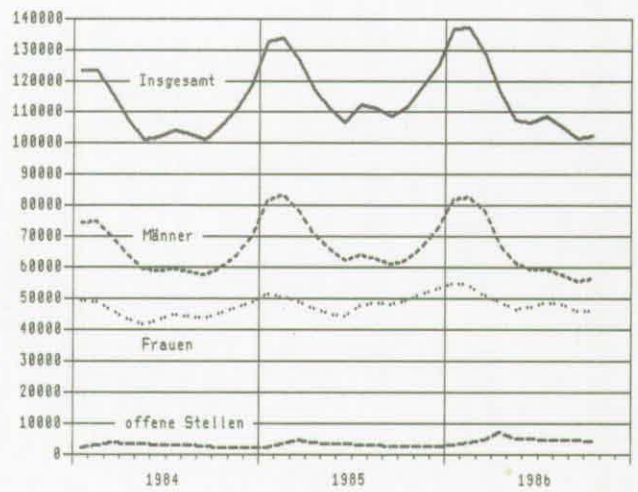
Bevölkerungsstand und -veränderung



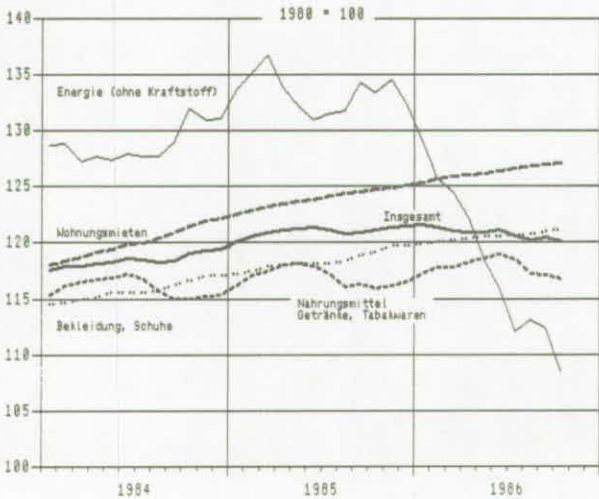
Bruttowochenverdienste



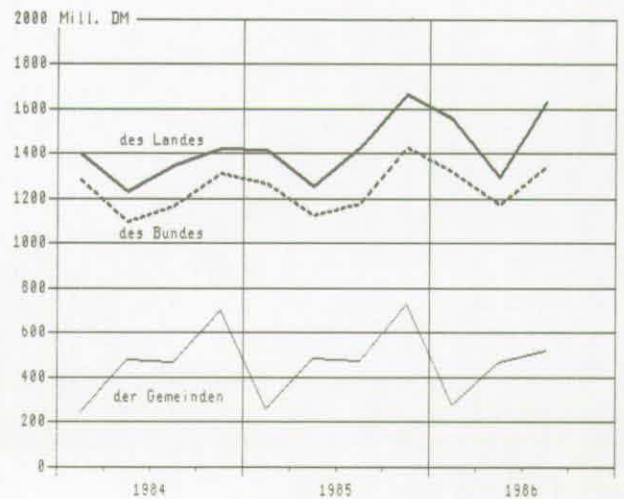
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 51
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenuer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -